

Aktuelle Chronik

Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. Januar bis 31. März 1973

UWE G. FABRITZEK

Die Aktuelle Chronik soll umfassend über die relevanten Ereignisse im asiatischen Raum informieren.

Die verwendeten Quellen werden aus dem nachstehenden Abkürzungsverzeichnis ersichtlich, wobei Querverweise auf Zeitungsartikel in der Regel als Hinweise auf ausführlichere Darstellungen und Hintergrundmaterial zu verstehen sind.

Eine Aufnahme von Dokumenten ist prinzipiell wegen des begrenzten Umfangs der Chronik nicht vorgesehen, doch bestimmt auch hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Region Süd-, Südostasien, Indochina und Ostasien unterteilt. Innerhalb der einzelnen Regionen wird die Entwicklung der einzelnen Staaten im Berichtszeitraum dargestellt, wobei eine Unterteilung in Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik vorgenommen wurde.

Zum Berichtszeitraum: Die Aktuelle Chronik berichtet jeweils über das volle Quartal, das vor dem Erscheinungsmonat des Heftes liegt. Wenn nicht anders vermerkt, beziehen sich die angegebenen Daten sämtlich auf 1973.

Abkürzungen

ADN	– Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR
AFP	– Agence France Press, Frankreich
AIR	– All India Radio, Indien (nach MD)
ATA	– Albanian Telegraph Agency
BTA	– Bulgarian Telegraph Agency
CTK	– Československá Tisková Kancelár (Agentur der CSSR)
DPA	– Deutsche Presseagentur, BRD
FCN	– Free China News, Taipeh
FAZ	– Frankfurter Allgemeine Zeitung
FE	– Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London
FEER	– Far Eastern Economic Review, Hongkong
HNA	– Hsinhua News Agency, Daily Bulletin, London
ISI	– Indian Standards Institutions, Rundfunk Indien
Isv	– Isvestija, Moskau
JAT	– The Japan Times, Tokio
JMJP	– Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), Peking
KCNA	– Korean Central News Agency, Nordkorea
KMJP	– Kuang-ming Jih-pao, VR China
Kr. Sv.	– Krasnaja Svesda, Moskau
MD	– Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln
MENA	– Middle East News Agency, Ägypten
MTI	– Magyar Tavislati Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns
NCNA	– New China News Agency, VR China
ND	– Neues Deutschland, DDR
NZ	– Neue Zeit, Moskau
NZZ	– Neue Zürcher Zeitung

PAP	– Polska Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens
Pr	– Prawda, Moskau
PR	– Peking Rundschau, Peking
R.	– allgemein für Radio
RD	– Rabotnicesko Delo, Bulgarien
RP	– Radio Peking
SCMP	– South China Morning Post, Hongkong
SZ	– Süddeutsche Zeitung, München
TASS	– Telegrafnoje Agenstwo-Sowetskowo Ssojusa, UdSSR
TST	– The Straits Times, Manila
USIS	– United States Information Service
VNA	– Vietnam News Agency, Nordvietnam
W	– Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, Weekly Report

A. Südasien

1. Afghanistan

a) Inneres und Wirtschaft In seiner ersten Presse-Konferenz am 2. 1. äußerte sich Premierminister Mohammad Musa Shafik u. a. über Presse, Rauschgift und Erziehungswesen: Die Presse müsse die nationalen Interessen des Landes vertreten; der Rauschgifthandel und der Anbau seien verboten; für das Erziehungswesen soll ein „Oberster Rat“ gebildet werden (R. Kabul 2. 1. FE 4186). Am 27. 1. wurde die Kulturabteilung des Informations- und Kulturministeriums umgebildet, gleichzeitig ein Nachrichtendienst für Paschtunistan gegründet (R. Kabul 28. 1. FE 4208). In das Entwicklungsprogramm des laufenden Jahres wurden 96 neue Projekte aufgenommen, womit das Volumen auf 8372 Mio. Afghani anstieg (R. Kabul 17. 12. W 705). In der Sheberghan Provinz wurde ein neues Gasfeld mit einem geschätzten Vorkommen von 38 Mia. cbm entdeckt (R. Kabul 18. 1. W 708).

b) Äußeres/Asien: Mitte Februar wurde die Propaganda für die „Rechte der Bevölkerung Paschtunistans“ wieder aufgenommen (Dawn 18. 2.). Die Ereignisse in diesem Teil Pakistans werden aufmerksam verfolgt, wobei die Regierung keinen Zweifel daran läßt, daß es die Paschtunistan-Frage als interne Angelegenheit betrachtet (R. Kabul 23. 3.. FE 4259). Am 18. 2. wurde Bangla Desh anerkannt (NZZ 20. 2.), nachdem ein entsprechendes Kommuniqué am 14. 1. unterzeichnet worden war. Mit der VR China wurde am 25. 1. ein Warenaustauschabkommen für 1973 unterzeichnet (NCNA 26. 1.); danach wird Afghanistan u. a. 5000 t Rosinen exportieren, im Austausch für Baumaterialien, Maschinen und elektrische Ausrüstungen (R. Kabul 30. 1. W 710).

Sowjetblock: Die UdSSR gewährte Mitte Dezember eine Anleihe in Höhe von 80 Mio. Rubel zur Fertigstellung bereits begonnener sowie zum Bau neuer Projekte. Unter ihnen ist eine Öl-Raffinerie mit einer geplanten Kapazität von 100 000 t jährlich. Ein weiterer Kredit in Höhe von 20 Mio. Rubel soll für den Import von Verbrauchsgütern verwendet werden (R. Kabul 17. 12. 72 W 705). Am 25. 1. wurde ein Handelsprotokoll unterzeichnet, wonach die UdSSR im Austausch für Naturprodukte Maschinen und Fahrzeuge exportieren wird. (Tass 25. 1. W 709). Insgesamt werden derzeit 12 Mia. cbm Erdgas in die Sowjetunion exportiert. Die Förderung mit sowjetischer Hilfe begann 1967, jährlich nahm Moskau ca. 2,5 Mia. cbm zu einem Preis von 5,6 \$ je 1000 cbm ab (R. Kabul 4. 2. W 711). Mit Bulgarien wurde am 27. 2. ein Handelsabkommen unterzeichnet, wonach Maschinen und elektrische Ausrüstungsgegenstände importiert werden (Tass 27. 2. W 714). Die DDR wurde am 8. 1. anerkannt (R. Kabul 9. 1. FE 4191).

Nahost: Mit dem Iran wurden Anfang Januar Gespräche über die Benutzung des Hafens Bandar Abbas durch Afghanistan und den Bau einer Straße von Qan-dahar nach Bandar Abbas geführt, wovon vor allem der Außenhandel Afghanistans profitieren würde (R. Kabul 8. 1. FE 4192). Am 13. 3. wurde in Kabul vom iranischen Premier Amir A. Hoveyda ein Vertrag über die Helmand-Gewässer für die Versorgung des Iran mit Wasser unterzeichnet (NCNA 14. 3.). Mit Syrien wurde am 9. 1. ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (R. Kabul 9. 1. W 708), mit Qatar wurden am 15. 1. diplomatische Beziehungen aufgenommen (R. Kabul 15. 1. FE 4199).

2. Bangla Desh

a) Inneres Die innenpolitischen Unruhen setzten sich fort. Unmittelbarer Anlaß für schwere Auseinandersetzungen war der Polizeieinsatz gegen eine antiamerikanische Demonstration in Dacca am 1. 1., woraufhin die Nationale Awami-Party (NAP) einen Aufruf zum Generalstreik erließ, dem sich die Studentenorganisationen anschlossen. 15 der 19 Regierungsbezirke waren davon betroffen, doch kam es nur vereinzelt zu Zwischenfällen (FAZ 3., 4. 1. NZZ 4. 1.). Mujibur Rahman warnte in diesem Zusammenhang erneut vor Konspiration und Subversion und wies auch die Forderung der Opposition nach dem Rücktritt der Regierung vor den Wahlen am 7. 3. zurück; er drückte die Entschlossenheit aus, auch künftig ausländische Vertretungen zu schützen (R. Dacca 4. 1. FE 4187). Die Sicherheitskräfte des Landes wurden seit Dezember 1971 auf 28 000 Mann verstärkt; sie setzten sich aus Polizei (15 000), Grenzschutz (3000) und paramilitärischen Verbänden (10 000) zusammen (Dawn 21. 1.). In Chittagong kam es am 6. 2. zu Auseinandersetzungen, die Tote und Verletzte forderten; sie wurden von rivalisierenden Parteien durchgeführt, wobei es offensichtlich zu Wahlmanipulationen größeren Ausmaßes zugunsten von Mujibur Rahman kam (NZZ 8. 2.). Für die ersten allgemeinen Wahlen am 7. 3., bei denen das Parlament (Ganoparishad) zu wählen war, stand der Sieg Mujibur Rahmans von vorneherein fest. Die Oppositionsparteien waren zu zerstritten, um eine Alternative zu bieten; hinzu kamen Wahlmanipulationen und der Umstand, daß die Partei Rahmans den Regierungsapparat für sich nutzen konnte; für die insgesamt 300 Sitze waren 1080 Kandidaten aufgestellt. Neben der regierenden Awami Liga bewarben sich eine Anzahl von Parteien, von denen die wichtigsten die NAP unter M. Ahmed, die National Socialist Party (NSP) unter A. Rab und N. A. Jalik sowie eine Gruppierung von Splitterparteien unter dem Berufsrevolutionär Maulana Bhashani waren (NZZ 6. 3., FAZ 7. 3.). An den Wahlen beteiligten sich 55% der 33,7 Mio. Wahlberechtigten. Die Awami Liga erhielt 73% und 291 Sitze. Die Oppositionsparteien errangen nur 3 Sitze, außerdem wurden 5 Unabhängige gewählt (NZZ 10., 14. 3.). Am 16. 3. wurde das neue Kabinett vereidigt, das sich weitgehend aus den bisherigen Kabinettsmitgliedern zusammensetzte (R. Dacca 16. 3. FE 4248):

Mujibur Rahman	Premier, Verteidigung und Planung
Sayed Nazrul Islam	Industrie und verstaatlichte Unternehmen
Kamal Hossein	Außenminister
Abdul Malek Ukel	Inneres
Monoranjan Dhar	Justiz und Parlamentsangelegenheiten
Abdus Samad Azad	Landwirtschaft

Der einzige Neuling ist M. Dhar, bisher Botschafter in Japan; der als prosovietisch geltende Außenminister Abdus Samad wurde durch den westlich orientierten bisherigen Justizminister Hossein ersetzt, der für die Ausarbeitung der Verfassung verantwortlich war. Die auch im März fortgesetzten Unruhen richteten sich vor allem gegen die NAP, wobei einige der führenden Mitglieder ermordet wurden. Am 24. 2. wurde als offizielle Amtssprache Bengali eingeführt (Tass 24. 2.).

b) Wirtschaft Zur künftigen Industriepolitik erklärte Minister Sayad Nazrul Islam am 8. 1., daß die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft die Basis sein müsse. 85% der Industrie sind bisher verstaatlicht, der private Sektor soll zwar auch weiterhin eine Rolle spielen, doch nur in kleineren und mittleren Betrieben, deren Gewinne künftig 2,5 Mia. Taka jährlich nicht überschreiten dürfen. Die Regierung behält sich das Recht vor, jeden Betrieb zu verstaatlichen, der mit Verlusten arbeitet; die Herstellung von Waffen und Munition ist staatlichen Betrieben vorbehalten. Für ausländische Kapitalinvestitionen wurden Beschränkungen eingeführt, doch haben sie die Möglichkeit, sich an einzelnen Industriezweigen zu beteiligen (wie die Produktion von Pflanzenöl, die Konservierung von Früchten, Molkereindustrie, Industrieausrüstungen, Transportmittel etc.). Investitionen dürften nur in Betrieben erfolgen, in denen der Staatsanteil mindestens 51% beträgt (R. Dacca 8. 1. W 707). Am 13. 2. forderte Mujibur Rahman die Agrarexperten auf, in die ländlichen Gebiete zu gehen, um einen Betrag zu der eingeleiteten „Grünen Revolution“ zu leisten und den Bauern die Vorteile des Genossenschaftswesens und der mechanischen Bearbeitung zu zeigen. Über 10 Mio. der 50 Mio. Taka des Entwicklungsbudgets sind für die „Grüne Revolution“ geplant (R. Dacca 13. 2. W 712). Zur Landreform erklärte Landwirtschaftsminister A. Rab, daß 462 000 acres Land der Groß-

grundbesitzer an landlose Bauern gegeben werden sollen (R. Dacca 4. 3. H 715). Vom 31. 3. bis 1. 4. tagte eine Entwicklungskonferenz in Dacca unter der Leitung von Finanzminister Ahmed, der die Priorität der Politik dem landwirtschaftlichen Sektor zuschrieb, der zur Selbstversorgung im Bereich des Ernährungswesens führen, neue Arbeitsplätze schaffen und höhere Exportgewinne bringen soll. An der Konferenz nahmen Vertreter aller 19 Länder teil; im Mittelpunkt der Diskussionen standen landwirtschaftliche und technische Hilfe und die Zahlungsbilanz (R. Dacca 31. 3., 1. 4. FE 4261).

c) Äußeres/Allgemein Auf Ersuchen der UN-Hilfsorganisation in Dacca kaufte die FAO für 11,8 Mio. Dollar 100 000 t Weizen (ANSA 11. 1.). Vom 9.—11. 2. hielt sich UN-Generalsekretär Waldheim in Dacca auf, wo er sowohl mit Rahman wie mit Außenminister Samad Gespräche führte, bei denen die Bihari in Pakistan im Mittelpunkt standen (R. Dacca 9., 10. 2. FE 4218, 19). Am 31. 3. ging die bisher größte Hilfsaktion der Geschichte der UNO zu Ende. Die „United Nations Relief Operation for the Dacca Area“ (UNROD) leistete 1,318 Mia. US-Dollar an bilateraler und multilateraler Hilfe. 2,7 Mio. t Getreide wurden geliefert, das Transportsystem weitgehend wieder aufgebaut, ebenso wie Zehntausende von Häusern und einige Fabriken. Indien lieferte mit 930 000 t den größten Einzelbetrag an Getreide und trug zur Überwindung der Anfangsschwierigkeiten entscheidend bei. An erster Stelle der Geberländer für die Zeit vom 12. 71 bis 1. 73 stehen die USA (347 Mio. US-Dollar), gefolgt von Indien (249 Mio.), der UdSSR (132 Mio.), Kanada (87 Mio.), der BRD (77 Mio.), Jugoslawien (50 Mio.), England (47 Mio.), Schweden (41 Mio.), Japan (33 Mio.), Niederlande (24 Mio.), Schweiz (10 Mio.) (NZZ 21. 3.).

Asien: Am 4. 1. wurde mit Indien ein Abkommen über die Schaffung eines Ausschusses für die Koordination der elektrischen Energie vereinbart (R. Dacca 5. 1. W 706). Mit Japan wurde am 9. 2. ein Vertrag über die Lieferung von 12 500 t Reis (Wert 2 Mio. Dollar) unterzeichnet (Dawn 10. 2.); die Firma Toyota erhielt einen Auftrag zur Lieferung von 200 Geländefahrzeugen (Wert 200 Mio. Yen) (Jat 9. 2.). Am 24. 3. folgte ein Abkommen über technische Hilfe, in dessen Rahmen Japan Experten entsenden wird (R. Dacca 24. 3. W 718). Mit Nordvietnam wurden am 11. 2., mit Afghanistan am 18. 2. diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Afrika: Am 30. 1. besuchte der Chefredakteur der „Al Ahram“, Heikal, als erster arabischer Journalist Bangla Desh (R. Dacca 30. 1. FE 4209). Am 16. 2. wurde mit Ägypten ein Abkommen über den Import von Juteprodukten (Wert 50 Mio. Taka) unterzeichnet (Dawn 17. 2.). Vom 23.—25. 3. besuchte Außenminister Zayat Bangla Desh, wo er mit Präsident Chowdhury und Rahman zusammentraf. In einem Kommuniqué drückte Zayat das Verständnis Ägyptens für Bangla Desh und seine Situation aus, während dieses die „Rechte des arabischen Volkes“ anerkannte (R. Dacca 24. 3. FE 4225). Am 29. 3. wurden mit Libanon diplomatische Beziehungen vereinbart (R. Dacca 29. 3. FE 4259).

Sozialistische Staaten: Vom 25.—28. 3. kam Jugoslawiens Premier Bijedic zu einem offiziellen Besuch nach Bangla Desh. Im gemeinsamen Kommuniqué wurde das Festhalten an der Politik der Blockfreiheit betont und die bevorstehende Gipfelkonferenz begrüßt. Übereinstimmung wurde über den Nahost-Konflikt, Indochina und die Probleme Afrikas erzielt (R. Dacca 28. 3.). Mit der UdSSR wurde Anfang Februar ein Handelsprotokoll für 1973 unterzeichnet, nach dem diese Maschinen, Ausrüstungen und andere Waren liefern will (Moskau 6. 2. W 712). Die Räumungsarbeiten im Hafen von Chittagong sollen endgültig im Dezember 1973 abgeschlossen werden. Das Räumungsteam besteht aus 26 Schiffen, bisher wurden alle Minen und 10 gesunkene Schiffe gehoben; 4 weitere und Teile eines fünften sind noch zu bergen (Dawn 1. 3.). Ein Handelsprotokoll, das eine Steigerung um 30% vorsieht, wurde mit Bulgarien am 19. 12. unterzeichnet (BTA 20. 12.), mit Ungarn folgte eines am 24. 2.; es gilt vom 1. 4. 73—30. 6. 74 und sieht eine Steigerung von 25% vor (MTI 24. 2.). Vom 13.—19. 3. hielt sich der stellv. Außenminister Ungarns, Istvan Roska, in Bangla Desh auf und traf dort u. a. mit Premier Rahman, Außenminister Hossein und Finanzminister Ahmed zusammen (R. Dacca 19. 3. FE 4250). Mit Polen wurde am 28. 2. ein Handelsprotokoll unterzeichnet. Am 22. 3. folgte ein Kreditabkommen in Höhe von 12 Mio. engl. Pfund (Laufzeit 10 Jahre, 2 Jahre Aufschub) (R. Dacca 22. 3. FEW 717). Am 26. 1. wurden mit Kuba diplomatische Beziehungen vereinbart (R. Dacca 26. 1. FE 4205). Mit der DDR wurde am 2. 2. ein Handelsabkommen (Umfang 40 Mio. Taka) vereinbart, am 14. 3. folgte eines über den Austausch von Fernsehprogrammen (R. Dacca 12. 2. ADN 14. 3.).

Europa: Eine Wirtschaftsdelegation aus der BRD war vom 19.–27. 1. in Bangla Desh, wo sie die Verwendung der 80 Mio. DM deutscher Hilfe besprach. Am 22. 2. wurden zwei Abkommen über technische Hilfe unterzeichnet, in dessen Rahmen Techniker und Ingenieure nach Bangla Desh entsandt werden (dpa 17. 1. R. Dacca 22. 2. W 714).

3. Indien

a) Inneres Die Unruhen in Andhra Pradesh um die „Mulki Rules“ (vgl. IASF 1973/2, S. 357) führten zu Zwischenfällen, die das Eingreifen der Zentralregierung nach sich zogen. Teile der Bevölkerung fordern seit Jahren einen eigenen Telengana-Staat, Differenzen über die Amtssprache (Telugu) kommen hinzu. Am 18. 1. wurde über den Gliedstaat die „Presidents Rule“ verhängt; auf Weisung Frau Gandhis war 24 Stunden zuvor die Landesregierung zurückgetreten. Bei den Auseinandersetzungen gab es Tote und großen materiellen Schaden, besonders an Eisenbahneinrichtungen; die Verwaltung war teilweise durch Streiks gelähmt (R. Delhi 3., 7., 8., 9. 1. FE 4189–92, NZZ 20. 1.). Andhra Pradesh war wochenlang fast völlig vom Rest des Landes abgeschnitten, die Wirtschaft erlitt schwere Einbußen (ISI 8. 2.). Am 4. 2. erfolgte eine Umbildung des Kabinetts, dessen wichtigste Änderung die Ernennung von Gesundheitsminister Uma Shankar Dikshit zum Innenminister war – ein Ressort das Frau Gandhi bisher verwaltete. Der Ministerrat wurde von 46 auf 60 erhöht, die erhoffte Verjüngung blieb aus. Ein Ministerium für Schwerindustrie wurde neu geschaffen, das Gesundheitsministerium abgewertet. Die Regierungsumbildung ist Zeichen für die nicht mehr uneingeschränkte Macht Frau Gandhis, spiegelt den wachsenden Einfluß der Parteichefs und regionale Strömungen wider (R. Delhi 5. 2. FE 4214 NZZ 7. 2.). Am 16. 2. attackierte Frau Gandhi „gewisse“ Oppositionsparteien, die das Land schwächen, da sie nur ihren eigenen Interessen dienen und antinationalen Kräften Raum gäben (ISI 17. 2. FE 4224). Am 3. 3. wurde nach dem Rücktritt von Chefminister Frau Satpathy Orissa unter „Presidents Rule“ gestellt (R. Delhi 1., 3. 3. FE 4234, 36). Am 28. 3. wurde Manipur unter „Presidents Rule“ gestellt, zum dritten Mal innerhalb der letzten 6 Jahre. Anlaß war ein Mißtrauensvotum, nachdem sich die Mehrheitsverhältnisse durch den Übertritt von Abgeordneten verändert hatten (AIR 28. 3.).

Personalien: Am 15. 1. wurde der Oberkommandierende (OK) des Heeres, General F. Manekshaw, unter Beförderung zum Feldmarschall auf Lebenszeit in Ruhestand versetzt, ebenso wie der OK der Luftwaffe, Luftmarschall P. C. Lal. Ihre Nachfolger wurden General G. J. Bewoor und Luftmarschall O. P. Mehra. Am 1. 3. wurde auch der OK der Marine, Admiral Nanda, in den Ruhestand versetzt, Nachfolger wird Vizeadmiral S. M. Kohli. Der Chefsekretär von Frau Gandhi, P. N. Haksar, trat am 15. 1. zurück; er galt als „graue Eminenz“ und Strategie der Auseinandersetzung um Bangla Desh (R. Delhi 3., 15. 1. FE 4186, 95 NZZ 21. 1.).

b) Wirtschaft Eine drohende Hungersnot zwang die Regierung zu Hilfsprogrammen und Getreideeinfuhren; bedroht waren vor allem die westlichen Gliedstaaten Rajasthan, Gujerat, Maharashtra und Mysore, die in der zweiten Hälfte 1972 unter der schlimmsten Trockenheit seit Jahren litten. Mehr als 4 Mio. Inder wurden zu Arbeiten am Verkehrsnetz herangezogen, um die Verteilung von Nahrungsmitteln zu beschleunigen. Die durch die Hungersnot bedingten Preissteigerungen bestärkten die Regierung in der Absicht den Weizenhandel zu verstaatlichen (NZZ 19. 1.). Die Zentralregierung leistete bis Mitte Februar 920 Mio. Rupien Hilfe, Sondermaßnahmen für die Versorgung mit Trinkwasser wurden eingeführt, 1,7 Mio. erhielten Hilfe in Form von Lebensmittellieferungen (AIR 20. 2.). Am 20. 1. wurde die Stellungnahme der Planungskommission zum Fünfjahresplan 1974–79 vom Nationalen Entwicklungsrat gebilligt; sie sieht eine Verminderung der Ungleichheit bei einer jährlichen Wachstumsrate von 5,5%⁰ vor und hat die Selbstversorgung zum Ziel. Der Plan soll im September 73 vorliegen (ISI 20. 1.). Jede verstaatlichte Bank muß über einen Dreijahresplan für die Eröffnung neuer Zweigstellen in Randgebieten verfügen, um Angestellten Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Vom 15. 3. an wurde der Weizengroßhandel vom Staat übernommen, um dem Getreidemangel in Zukunft zu begegnen; die Maßnahme stieß auf den Widerstand der Opposition, (mit Ausnahme der prosovjetschen KP) (FAZ 20. 12. AIR 26. 2.). Als Protest dagegen traten die Getreidegroßhändler in den Streik und schlossen ihre Geschäfte (AIR 21. 3.). Auch die 464 privaten Kohlenbergbaubetriebe wurden verstaatlicht, nachdem bereits im Oktober 1971 über 200 Kohlenruben davon betroffen wurden. Die Maßnahme wurde damit begründet, daß die Finanzkraft der bisherigen Besitzer nicht ausgereicht hätte, um in den kommenden fünf Jahren weiter zu investieren (NZZ 14. 3. AIR 26. 3.). Das Rezept, Wirtschaftszweige zu ver-

staatlichen, weil sie wegen Kredit- oder Kapazitätsmangel den Erwartungen ambitionierter Planer nicht entsprechen können, wird also trotz entmutigender Erfahrungen weiterhin praktiziert. Der Haushaltsplan 1973/74 sieht eine Steigerung des Nationaleinkommens um 1,5–2% vor; die landwirtschaftliche Produktion wird weiter zurückgehen, während die Industrieproduktion um 7% steigen soll (R. Delhi 22. 2. W 713). Umfangreiche antiinflationäre Maßnahmen und die Mobilisierung zusätzlicher Kapitalquellen in Höhe von 3 Mia. Rupien sind geplant. Die Defizitfinanzierung soll auf 850 Mio. Rupien beschränkt werden, die Ausgaben der Unionsregierung wurden um 1,4 Mia. Rupien erhöht. Für 1 Mia. Rupien sollen 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Konsum von Luxusgütern soll durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern und Zollgebühren eingeschränkt werden. Das bisherige System indirekter Abgaben wurde durch ein System von Gebühren ersetzt, die auf Importgüter erhoben werden. Damit soll der Preisunterschied zwischen importierten und im Lande hergestellten Produkten verringert werden. Die Wachstumsrate soll bei 5% liegen (R. Delhi 28. 2. FE 4234). Fortschritte wurden auf dem Gebiet der Atomenergie gemacht. Ein viertes Kernkraftwerk soll in Uttar Pradesh errichtet werden und in einer ersten Phase eine Generatoreinheit von 235 Megawatt (Kosten ca. 1,2 Mia. Rupien) umfassen. Die Inbetriebnahme wird in 5 Jahren erwartet, die UdSSR sagte ihre Hilfe zu (ISI 15. 1.). Am 27. 1. wurde Indiens bisher größte Zweistufenrakete gestartet (R. Delhi 27. 1. W 709); ihr folgte am 4. 2. eine weitere vom Typ Centaur, die eine Höhe von 148 km erreichte (R. Delhi 4. 2. W 710). Nach Frau Gandhi wird Indien innerhalb von vier Jahren einen wissenschaftlichen Satelliten starten; das Vorhaben ist Teil des kommenden Fünfjahresplanes (R. Delhi 21. 2. W 714). Die Erdölproduktion soll auf 2–2,5 Mio. t jährlich gesteigert werden. Die Ausbeutung erfolgt seit 10 Jahren im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit der UdSSR; Raffinerien wurden seither in Barauni, Koyali, Gujarat errichtet (Tass 19. 3.).

c) Äußeres/Allgemein Vom 6.–7. 2. hielt sich UN-Generalsekretär Waldheim in Indien auf, wo er die Situation auf dem Subkontinent erörterte (ISI 6. 2.). Gegenüber Journalisten erklärte er, daß vor allem ein Mangel an Vertrauen unter den beteiligten Ländern einer Lösung der Probleme entgegenstehe (NZZ 8. 2.). Verteidigungsminister J. Ram erklärte am 29. 3., daß auf internationaler Ebene und unter den Auspizien der UN Bemühungen um einen Konsensus über die Forderung unternommen werde, den Indischen Ozean von Militärbasen freizuhalten (ISI 29. 3.). Mit dem IKRK kam es zu Differenzen, die durch das Interview von Feldmarschall S. Manekshaw mit der „Washington Post“ über die Beobachtungen von IKRK-Delegierten in Lagern pakistanischer Kriegsgefangener ausgelöst wurden, als er über den Bericht des IKRK von „verdammten Lügen und großem Unsinn“ sprach. Der Chefdelegierte des IKRK Hoffmann, wurde zur persona non grata erklärt, seit 1. 1. dürfen die 10 Rotkreuzdelegierten die Lager mit pakistanischen Kriegsgefangenen nicht mehr betreten (NZZ 14., 19. 1.) (vgl. auch Pakistan).

Asien: Die Wirtschaftshilfe an Bangla Desh betrug im Finanzjahr 1972/73 1,3 Mia. Rupien (ADN 17. 3.). Am 10. 3. wurde ein Abkommen über die Lieferung von Rohjute im Werte von 20 Mio. Taka aus Bangla Desh unterzeichnet (R. Dacca 11. 3. W 716). Vom 7.–10. 2. besuchte Frau Gandhi Nepal um mit der Regierung die gegenseitigen Beziehungen zu erörtern. Dabei erklärte sich Indien bereit, vom Karnal-Kraftwerk erzeugte Elektrizität abzunehmen; (R. Delhi 9., 10. 2. FE 4218). Am 5. 3. wurde ein Abkommen über zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von 40 Mio. Rupien unterzeichnet, die bereits für Leistungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, des Erziehungs- und des Verkehrswesens ausgegeben wurden (R. Delhi 5. 3. W 715). Mit Sri Lanka wurden Gespräche über die Zukunft der dortigen indischen Siedler geführt, die aber ergebnislos blieben (AIR 19. 2.). Ein weiterer Streitpunkt ergab sich über die Zugehörigkeit der Kachchativu-Insel, die Indien wie Sri Lanka für sich beanspruchen (R. Delhi 1. 3. FE 4235). Vom 28.–30. 1. besuchte der Ministerpräsident von Laos, Prinz Souvanna Phouma, Indien. In einer gemeinsamen Erklärung wurde die Rolle Indiens als Mitglied der internationalen Kontrollkommission für Laos betont (R. Delhi 31. 1. FE 4219). Am 5. 3. traf Präsident Giri zu einem fünftägigen Besuch in Malaysia zu Gesprächen über die Intensivierung der Beziehungen ein (AIR 5. 3.). Vom 6.–10. 1. hielt sich Außenminister Singh in Japan auf, um mit Ministerpräsident Tanaka und anderen Kabinettsmitgliedern die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Technologie zu erörtern (Kyodo 9. 1. FE 4191). Nach seiner Rückkehr erklärte Singh, daß sich die verbesserte Lage auf dem Subkontinent auch auf die Beziehungen zu China auswirken werde (ISI 11. 1.). Am 26. 1. wurde ein Abkommen über einen Kredit in

Höhe von 13 226 Mio. Yen (Laufzeit 25 Jahre, 4,5% Zins) vereinbart (JAT 27. 1.) (vgl. auch Pakistan).

Afrika: Vom 8.–10. 3. hielt sich Ägyptens Außenminister Zayat in Neu Delhi zu einem offiziellen Besuch auf. In einem Kommuniqué betonten beide Seiten das Prinzip des non alignment sowie die Übereinstimmung in internationalen Fragen; ein Programm über die kulturelle Zusammenarbeit wurde unterzeichnet (R. Delhi 9., 11. 3. FE 4241, 42). Mit dem Sudan wurde am 7. 1. ein Handelsabkommen für 1973 unterzeichnet, demzufolge der Handel um 40% ansteigen soll; der Sudan ist Indiens größter Handelspartner unter den Entwicklungsländern, die Importe betragen im Vorjahr 500 Mio. Rupien (R. Delhi 8. 1., 13. 3. W 707, 716). Der Präsident von Zaire, Mobutu, besuchte Indien vom 22.–25. 1.; in einem Kommuniqué betonten beide Seiten die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Asien und Afrika; künftighin soll die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Technik und der Wissenschaft verstärkt werden (R. Delhi 25. 1. FE 4204, 05). Eine Delegation aus Tanzania unter Vizepräsident Aboud Jumbe besuchte vom 19. 2.–1. 3. Indien und unterzeichnete dort Abkommen über die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet (ISI 20., 28. 2. W 714 FE 4235).

Amerika: Nach einer Verbesserung in den Beziehungen zu den USA, bewirkt durch US-Nahrungsmittelhilfe und Zugeständnisse im Aid-India-Consortium (FAZ 12. 1.) ergab sich eine erneute Verschlechterung, ausgelöst durch die Kritik von Frau Gandhi an der amerikanischen Vietnampolitik (NZZ 1. 2.). Die Lockerung des gegen Pakistan verhängten Waffenembargos (s. dort) trug das ihre dazu bei (R. Delhi 15. 3. FE 4246 FAZ 16. 3.).

Sozialistische Staaten: Vom 9.–18. 2. fand die erste Sitzung der indisch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit statt. Ein Protokoll sieht eine weitere Entwicklung der wichtigsten Zweige des staatlichen Sektors der indischen Wirtschaft vor, in deren Rahmen sowjetische Spezialisten die Produktionskapazität der Hüttenwerke erhöhen sollen; die UdSSR wird von Indien Rohmaterial und Konsumgüter beziehen; auf der Konferenz wurde ein Programm über die Zusammenarbeit auf dem Bereich der angewandten Wissenschaften und der Technologie für 1973–74 unterzeichnet (Tass 18. 2., R. Delhi 17. 2. FEW 712). Am 21. 3. folgte ein Abkommen über die Zusammenarbeit für 1973, das eine Erweiterung der Kontakte der Öffentlichkeit vorsieht (R. Moskau 21. 3.). Das größte Projekt ist das Stahlwerk in Bokaro mit einer geplanten Kapazität von 4 Mio. Stahl jährlich, wofür 90% der Ausrüstung von der UdSSR geliefert wurden (Tass 17. 3.). Die angebliche Lieferung von sowjetischen Raketen an Indien wurde am 29. 3. von Außenminister Singh dementiert (AIR 29. 3.). Vom 9.–17. 1. besuchte Polens Ministerpräsident Jaroszewicz Indien. Er unterzeichnete ein Handelsprotokoll, demzufolge das Handelsvolumen bis 1975 verdoppelt werden soll. Die Delegation, zu der u. a. Außenhandelsminister Olsowski gehörten, führte u. a. mit Präsident Giri und Frau Gandhi Gespräche (R. Delhi 17. 1. FE 4198). In einer gemeinsamen Erklärung wurde die Übereinstimmung in internationalen Fragen festgestellt, wobei Polen seine Unterstützung für Indiens Politik des non alignment betonte (ISI 18. 1.). Jugoslawiens Ministerpräsident Bijedic hielt sich vom 5.–9. 3. in Indien auf, wo er u. a. mit Frau Gandhi Gespräche führte (R. Delhi 5., 8. 3. FE 4238 Tanjug 9. 3.). Mit der DDR wurde am 15. 1. ein Kulturabkommen (Laufzeit 5 Jahre) unterzeichnet, das den Austausch von Wissenschaftlern vorsieht (ADN 17. 1.). Am 16. 2. folgte ein Handelsplan mit einem Volumen von 700 Mio. Rupien (R. Delhi 16. 2. W 712), am 6. 3. wurde ein Protokoll mit dreijähriger Laufzeit über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens vereinbart (R. Delhi 6. 3. W 716). Vom 19.–20. 3. besuchte eine Regierungsdelegation unter Ministerpräsident Willi Stoph Indien (R. Delhi 19., 20. 3. FE 4250, 52). Handelsabkommen wurden auch mit der CSSR (CTK 12. 1. W 707), mit Bulgarien (BTA 30. 12. W 707) und mit Ungarn (MTI 6. 1. W 708) unterzeichnet. Sie sehen durchweg eine Ausweitung des Handels und die Lieferung von chemisch-industrieller Waren im Austausch gegen Naturprodukte vor. Der Ministerpräsident der Mongolischen VR, Yu. Tsedenbal, hielt sich vom 23. 2.–1. 3. in Indien auf. In der gemeinsamen Erklärung wurden in 8 Punkten die Prinzipien der beiderseitigen Politik festgelegt, die neben der Intensivierung der Zusammenarbeit und dem Festhalten an der friedlichen Koexistenz sowie der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten auch die Zusammenarbeit in den UN und eine regelmäßige Konsultation beinhalten (ISI 2. 3. FE 4236).

4. Nepal

a) Inneres und Wirtschaft Am 18. 2. wurde die Rupie von 10,12 auf 10,56 gegenüber dem Dollar abgewertet; der Wechselkurs gegenüber der indischen Rupie blieb unverändert (JAT 21. 2.). Mitte März wurde ein Gesetz ausgearbeitet, nach dem der Anbau von Hanf eingeschränkt werden soll; bisher wurde eine Zusammenarbeit mit der UN-Kommission für Rauschgiftbekämpfung abgelehnt (Ansa 22. 3.).

b) Äußeres Ministerpräsident Bista führte am 17. 2. zur Außenpolitik aus, daß diese von den Prinzipien der Blockfreiheit und der friedlichen Koexistenz geleitet werde. Das Vietnam-Abkommen wurde begrüßt, die Gespräche zwischen Nord- und Südkorea „mit Interesse und Sympathie“ verfolgt, während mit China enge Beziehungen entwickelt werden sollen (NCNA 19. 2.).

Asien: Vom 23.–26. 1. besuchte Außenminister G. B. Karki Bangla Desh; in einem Kommuniqué wurde eine Intensivierung der Beziehungen vereinbart (R. Dacca 26. 1. FE 4208). Der pakistanische Sonderbotschafter K. H. Mir wurde am 15. 2. von Bista empfangen (Dawn 16. 2.). Ein Abkommen über den Austausch von Nachrichten und Zusammenarbeit mit Indien wurde am 2. 1. unterzeichnet (R. Kathmandu FE 4186); am 2. 2. folgte eines über die indische Unterstützung bei der Bekämpfung der Kropferkrankung, wofür Indien 12,5 Mia. Rupien zur Verfügung stellt (R. Delhi 3. 3. W 712); ein weiteres Abkommen vom 20. 2. sieht die Versorgung der Grenzgebiete mit Elektrizität durch Indien vor (R. Kathmandu 20. 2. W 713). Mit der VR China wurde ein Abkommen über den Bau einer 30 km langen Ringstraße (Kosten ca. 50 Mia. Rupien) unterzeichnet (R. Kathmandu 20. 3. W 717); ein weiteres betrifft den Bau einer Busroute zwischen Kathmandu und Makwanpur (NCNA 29. 3.).

Sonstige: Der Ministerpräsident Jugoslawiens besuchte vom 28.–30. 3. Nepal, wo er u. a. mit Premier Bista konferierte (Tanjug 30. 3. FE 4261). Ein Abkommen über die Formalitäten der Übergabe einer 109 km langen mit sowjetischer Hilfe gebauten Straße wurde am 9. 3. unterzeichnet (R. Kathmandu 9. 3. W 715).

5. Pakistan

a) Inneres Der Streit um die Verfassung wurde dadurch verschärft, daß die Opposition die Unterzeichnung eines Entwurfes vom Oktober 1972 Mitte Januar praktisch rückgängig machte. Umstritten ist der Parteienparagraph, der die Aufgabe des Abgeordnetensitzes bei Fraktionswechsel verlangt. Deshalb beschloß die Opposition die Sitzung der Nationalversammlung bis auf weiteres zu boykottieren (NZZ 8. 2.). Am 18. 2. wurden die Debatten wieder aufgenommen, nachdem Justizminister Pirzada zugesichert hatte, daß die Ansichten der Opposition berücksichtigt würden (Dawn 18. 2.). Am 8. 3. verkündete Präsident Bhutto eine weitere Änderung der Interimsverfassung, nach der Minister, die nicht der Nationalversammlung angehören, am 14. 8. 73 aus ihrem Amt ausscheiden müssen (R. Pakistan 8. 3.). Bis zum 14. 3. wurden 15 Artikel der Verfassung verabschiedet (R. Pakistan 14. 3. FE 4244). Am 29. 3. gab Bhutto bekannt, daß die Diskussionen über alle Artikel des Verfassungsentwurfes abgeschlossen seien, mit Ausnahme jener Artikel, die einen Aufschub duldeten; er gab seiner Besorgnis über die Haltung der Opposition Ausdruck, die er des Bruches des Abkommens vom 20. 10. 72 beschuldigte (R. Karachi 29. 2. FE 4261, 62). Die Verfassung soll am 14. 8. 73 in Kraft treten (R. Karachi 29. 3. FE 4259). Die Unruhen in Belutschistan und der Nordwest-Grenzprovinz (NWFP) weiten sich aus. In Belutschistan richten sie sich primär gegen die Verstaatlichung von Bergwerken und die Neuverteilung von Agrarland. Die Regierung entsandte Truppen, die Kämpfe forderten mehrere Tote (NZZ 31. 1.). Am 31. 1. erklärte Produktionsminister J. A. Rahim vor der Nationalversammlung, daß vorläufig keine weiteren Verstaatlichungen vorgenommen würden (R. Pakistan 31. 1.) Ein Plan zur Eingliederung von 1,2 Mio. Menschen in Punjab und Sind, die durch den Krieg gegen Bangla Desh heimatlos geworden waren, wurde am 1. 2. vorgelegt. (R. Karachi 1. 2. FEW 711). In einer spektakulären Aktion in der Nacht vom 14./15. 2. im Zusammenhang mit den Waffenfunden in der irakischen Botschaft (vgl. Außenpolitik) setzte Bhutto die Gouverneure von Belutschistan und der NWFP, Bizenjo und Khalil, ab, weil sie sich den Anordnungen des Präsidenten widersetzt hatten. Der neue Gouverneur von Belutschistan, Sardar Khan Bugti, ist Führer einer der mächtigsten Stämme der Provinz (NZZ 17. 2.) Der Gouverneur von Sind, Rasul Bux Talpur, trat ebenfalls am 14. 2. zurück; sein Nachfolger wurde die Frau des ersten Ministerpräsidenten Pakistans, Begum

Liaquat Ali Khan (Dawn 14., 16. 2. R. Karachi 15. 2. FE 4222). Der Rücktritt der NWFP-Regierung wurde von der Zentralregierung am 21. 2. angenommen, (JAT 23. 2. Dawn 25. 2.). Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wurde der Chefredakteur der Tageszeitung Dawn, Altaf Gauha, verhaftet, nachdem er erklärt hatte, daß zu hoffen sei, daß die Waffenfunde nicht mißbraucht würden, um die Gegner Bhuttos zu stürzen (NZZ 3. 3.). Am 23. 3. kam es in Rawalpindi zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Ordnungskräften (R. Karachi 24. 3. FE 4254). Die Nationalversammlung brachte am 27. 3. ein Gesetz ein, das dem Präsidenten Vollmacht erteilt, seine provisorischen Vollmachten zu ergänzen, um Schwierigkeiten zu überwinden (R. Pakistan 27. 3.). Ende Februar kündigte Bhutto eine Verstärkung der Streitkräfte an (SCMP 1. 3.); am 21. 3. beschloß Pakistan die Erweiterung seiner Hoheitsgrenze auf 50 Seemeilen (R. Pakistan 21. 3.). Am 31. 1. verabschiedete die Nationalversammlung ein Gesetz über die Rundfunkgesellschaft; angestrebt ist der Aufbau einer Rundfunk- und Fernsehgesellschaft innerhalb von 2 Jahren (R. Pakistan 1. 2.).

b) Wirtschaft Am 20. 12. erklärte Bhutto zu den Reformen auf dem Landwirtschafts-, Arbeits- und Erziehungswesen, daß die Landverteilung bereits begonnen habe (R. Karachi 20. 12. W 705). Produktionsminister J. A. Ahim erklärte am 31. 1., daß die Regierung nicht beabsichtige, weitere Industriezweige zu verstaatlichen; die bisherigen Verstaatlichungen seien im Rahmen der Wirtschaftsreform erfolgt; Investitionen des Auslands seien nicht gefährdet. Pakistan importierte Waren im Werte von mehr als 3 Mio. Rupien von China und exportierte solche im Werte von 2 Mio. auf der Seidenstraße (R. Karachi 21. 1. W 710). Der Export in den letzten 8 Monaten belief sich auf Waren im Werte von 456 Mio. Dollar, 28,5% mehr als im Vorjahr (R. Karachi 20. 3. W 717). Die Gewinne aus den Baumwollexporten steigen 1972 auf 168,3 Mio. Dollar (NCMA 31. 12. 72). Am 21. 3. wurden die Fischereizonen auf 50 Seemeilen ausgedehnt (R. Karachi 21. 3. W 717).

Verkehrswesen: Die direkte Flugverbindung zwischen Karachi und Peking wurde am 20. 1. aufgenommen, sie führt über das Karakoram-Gebirge und wird zweimal wöchentlich befliegen; die Flugzeit beträgt 7 Stunden 20 Minuten, die Entfernung 3192 Meilen (R. Karachi 20. 1. W 708). Am 22. 3. wurde der Grundstein für eine Fahrzeug-Fabrik gelegt, die Pakistan auf lange Sicht in der Kraftfahrzeugindustrie unabhängig machen soll. Gänzlich in Händen der Streitkräfte sollen auch kommerzielle Fahrzeuge hergestellt werden (R. Karachi 22. 3. FEW 718). Zur Entlastung des Hafens von Karachi soll in Bander Quasim ein weiterer Hafen gebaut werden (SCMP 1. 3.). Am 20. 3. lief das dritte Frachtschiff der Schiffswerft Karachi vom Stapel, ein 13 500 t großer Frachter (Dawn 20. 3.). Die nationale Schifffahrtsgesellschaft erlitt während des Krieges durch den Verlust von 5 Schiffen schwere Einbußen. Die Flottenstärke beträgt 26 Schiffe mit einer Gesamttonnage (dwt) von 299 878. Durch die Sezession Bangla Deshs ging ein großer Teil des traditionellen Handels verloren, woraufhin 1972 eine Reihe neuer Schifffahrtsdienste eingerichtet wurden. Ein Entwicklungsprogramm sieht die Anschaffung von weiteren 26 Schiffen bis Juni 1975 vor (JAT 22. 3.).

c) Äußeres/Allgemein Vom 11.–13. 1. fand in Islamabad die 16. Sitzung des RCD-Ministerates statt. Das Abschlußkommuniqué sieht eine Zusammenarbeit der 3 Mitgliedstaaten auf dem industriellen, erdöl- petrotechnischen Bereich und dem Gebiet des Transport- und Kommunikationswesens vor (R. Karachi 11., 13. 1. W 707). Am 4. 3. wurde Pakistan erstmalig in den Rat der Internationalen Zivilen Luftfahrtorganisation (ICAO) gewählt (Dawn 4. 3. 73). Das IKRK protestierte am 15. 1. gegen die Veröffentlichung seines Berichts über die Kriegsgefangenenlager in Indien durch Pakistan, wobei diesem vorgeworfen wurde, daß der Text des Berichtes aus dem Zusammenhang gerissen worden sei (AIR 15. 1.). Am 7. 2. hielt sich UNO-Generalsekretär Waldheim in Rawalpindi zu einem Gespräch mit Bhutto auf (NZZ 9. 2.).

Afrika: Der Chefredakteur der „Al Ahram“, N. H. Heikal, besuchte vom 3.–5. 2. Pakistan. Er traf u. a. mit Bhutto zusammen. In einem Interview betonte Bhutto erneut den Wunsch, die Beziehungen zu Indien zu normalisieren und jede Spannung mit der UdSSR zu vermeiden. Eindeutig votierte er gegen den kollektiven Sicherheitspakt in Asien (R. Karachi 2., 5. 2. FE 4214, 16). Vom 16.–18. 3. hielt sich Ägyptens Außenminister Zayat in Pakistan auf; auch er traf mit Bhutto zusammen. Zayat betonte, daß Ägypten bereit sei im Sinne einer friedlichen Atmosphäre auf dem Subkontinent zu wirken und das Problem der Kriegsgefangenen zu lösen (R. Karachi 16., 18. 3. FE 4249). Der Außenminister des Libanon, K. A. Hammad, besuchte

vom 18.–22. 1. Pakistan (AFP 21. 1. R. Karachi 19., 22. 1. FE 4199, 4202). Unterstützung in der Kriegsgefangenenfrage erhielt Pakistan außerdem von der Union der Arabischen Emirate (R. Karachi 20. 12. 72 W 705) — wie auch von Saudi Arabien durch König Feisal selbst (R. Karachi 23. 1. FE 4202). General Tikka Khan hielt sich vom 7.–15. 3. in Jordanien auf, wo er u. a. mit König Hussein, Ministerpräsident Laouzi, Außenminister Zeid und der Armeeführung zusammentraf (AFP 15. 3.). Mit dem Sudan wurde am 26. 1. ein Kulturabkommen unterzeichnet (AFP 26. 1.). Mit Kuwait wurde am 19. 3. ein ähnliches Abkommen vereinbart, das den Austausch von Lehrern, Wissenschaftlern, Radio- und Fernsehprogrammen vorsieht (R. Karachi 19. 3. FE 4252). Die Beziehungen zum Irak wurden durch Waffenfunde in der irakischen Botschaft in Islamabad vom 10. 2. beeinträchtigt. Insgesamt wurden 300 automatische Schnellfeuergewehre, 921 Magazine, 66 000 Schuß Munition, 40 Handgranaten, 2 Funkgeräte und Stahlhelme sichergestellt. Außer der Verschlechterung der Kontakte zum Irak ergab sich auch eine Beeinträchtigung der Beziehungen zur UdSSR, da die Waffen sowjetischen Ursprungs waren. Der iranische Botschafter Hikmata wurde zur persona non grata erklärt (R. Karachi 10. 2. FE 4218, 19) (vgl. auch Innenpolitik). Vom 16.–18. 1. besuchte der Schah von Persien Pakistan (R. Pakistan 16., 18. 1.) Anfang Februar folgte der Oberbefehlshaber der iranischen Marine, Vizeadmiral Attai (Dawn 2., 7. 2.), und am 6. 2. traf der Sonderberater des iranischen Ministerpräsidenten, Rahnama, zu einem fünftägigen Besuch in Pakistan ein (Dawn 6., 9. 2.).

Asien: In den Beziehungen zu Indien ergaben sich keine Veränderungen. Pakistan verlangt vor einer Normalisierung nach wie vor die Freilassung der ca. 90 000 pakistanischen Kriegsgefangenen, während Indien dies von der Anerkennung Bangla Deshs durch Pakistan abhängig macht. Dazu aber ist Pakistan nicht bereit. Am 10. 3. wurden 253 Pakistani und 79 indische Passagiere und Seeleute freigelassen, die sich auf Handelsschiffen beider Staaten befanden, die während des Krieges 1971 gefangengenommen wurden (ISI 10. 3. R. Karachi 10. 3. FE 4243). Die Beziehungen zu Bangla Desh sind festgefahren. Präsident Bhutto erklärte am 3. 1., daß ihm Frau Gandhi in Simla mitgeteilt habe, daß sie gegenüber Sheikh Rahman im Wort sei, die Kriegsgefangenen erst dann freizulassen, wenn Pakistan Bangla Desh anerkannt habe (R. Karachi 3. 1. FE 4186). Der Außenminister Nordkoreas, Ho Dam, besuchte vom 16.–20. 2. Pakistan, wo er von Außenminister Ahmed zu Gesprächen empfangen wurde (R. Karachi 17. 2. FE 4224); am 22. 2. wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen für 1973 unterzeichnet, am 27. 2. folgte ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem des Fernmeldewesens (NCNA 23. 2., Dawn 27. 2.). Japan gewährte am 26. 1. einen Kredit in Höhe von 8,253 Mio. Yen (4,5% Zinsen, Laufzeit 25 Jahre, 7 Jahre Frist); Pakistan wird den Kredit teilweise zum Bezug von Chemie- und Stahlprodukten aus Japan verwenden (JAT 27. 1.). Am 25. 1. anerkannte Pakistan die Exilregierung des Prinzen Sihanouk (NCNA 25. 1.).

Amerika: Anfang März besuchte Sonderbotschafter Mustafa Khar die USA, wo er vergeblich die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen an Pakistan verlangte (Dawn 11. 3. NZZ 11. 3.). Die USA halten an ihrem Waffenembargo fest, erklärten sich jedoch bereit, Rüstungslieferungen nach Pakistan und Indien wieder aufzunehmen, allerdings nur „nichttötendes“ Material und Ersatzteile. Pakistan hatte vor dem Krieg für 1,1 Mia. Dollar Ersatzteile, Flugzeuge und Motoren und gepanzerte Truppentransportfahrzeuge bestellt, die nunmehr geliefert werden können (R. Karachi 15. 3. FE 4247, NZZ 16. 3.).

Sozialistische Staaten: Am 6. 2. wurde mit der UdSSR ein Programm für kulturellen-wissenschaftlichen Austausch für 1973 unterzeichnet (Tass. 6. 2.). Der Beschluß Pakistans, seine Fischereizone auf 50 Seemeilen auszudehnen, richtete sich primär gegen die UdSSR, die im Rahmen eines Vertrages über die Tiefseeforschung Fischgründe ausfindig gemacht hatte, um sie dann selbst (außerhalb der 12-Meilen-Zone) auszubeuten (NZZ 24. 3.). Am 11. 3. wurde ein Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet, nachdem die UdSSR Pakistan beim Bau eines Hüttenwerkes, eines Wärmekraftwerkes sowie u. a. einer Rundfunkstation unterstützen wird (R. Moskau 11. 3.). Am 10. 3. folgte ein Abkommen über die Löschung pakistanischer Schulden für sowjetische Hilfe an das damalige Ostpakistan (R. Karachi 11. 3.). Vom 8.–13. 1. besuchte der Staats- und Parteichef Rumäniens, Ceausescu, Pakistan. In einer gemeinsamen Erklärung gaben beide Staatsführer der Entschlossenheit Ausdruck, die Beziehungen zu intensivieren. Sie formulierten dazu 11 Prinzipien, bei denen das der Nichteinmischung, der territorialen Integrität, der Enthaltung von militärischen-poli-

tischen Drohungen und das des Rechts auf Selbstverteidigung besonders herausgestellt wurden (Agerpres 10. 1.). Am 11. 1. wurde ein Protokoll über die Entwicklung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit unterzeichnet (Agerpres 11. 1.). Außerdem wurde ein Luftfahrtabkommen sowie eines über den Austausch von Radio- und Fernsehprogrammen und über die Zusammenarbeit der Radio- und Fernsehanstalten unterzeichnet (NZZ 12. 1.). Mit Polen wurde am 3. 2. ein Abkommen über die Erweiterung der kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Beziehungen unterzeichnet (Dawn 3. 2.). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR wurde am 23. 1. bekanntgegeben (ANSA 23. 1.).

6. Sri Lanka

a) Inneres Weiterhin steht das Pressegesetz im Vordergrund der Diskussion. Nach dem Rücktritt von den drei Richtern, die über Einsprüche dagegen zu entscheiden hatten (vgl. IASF 1973/2), verstärkte sich der Widerstand, der hauptsächlich von der sog. „Bürgerrechtsbewegung“ ausgeht. Ihr Hauptargument ist, daß Kritik als Essenz der Demokratie auch künftighin erlaubt sein müsse. Finanzminister Perera beantragte in diesem Zusammenhang ein Mißtrauensvotum gegen den Parlamentspräsidenten und setzte sich damit in Gegensatz zu Frau Bandaranaike (NZZ 6. 1., 15. 2. 73 Dawn 22. 1.).

b) Wirtschaft Frau Bandaranaike betonte am 4. 1. die Notwendigkeit, die Anstrengungen zu erhöhen, um das Entwicklungsprogramm durchzuführen. Zur Nahrungsmittelknappheit erklärte sie, daß wegen des Mangels an Devisen eine regelmäßige Versorgung nicht möglich sei. Die Grundnahrungsmittel seien zu 90% von Devisen abhängig; der Reis ist von 36 engl. Pfund/t auf 60 Pfund/t gestiegen, der Zucker von 50 Pfund auf 100, Mehl von 28 auf 40 Pfund (Colombo 5. 1. W 707). Die Nahrungsmittelkrise nahm in den folgenden Wochen katastrophale Ausmaße an, wofür u. a. die um 30% niedrigere Ernte im eigenen Land wie in den traditionellen Lieferländern Pakistan, Birma, China verantwortlich ist (R. Delhi 9., 14. 2. W 711, 12). Am 12. 2. verbot die Regierung die Weiterverarbeitung von Reis; alle Reisvorräte wurden beschlagnahmt, Reisverkäufe über die festgelegten Rationen verboten (JAT 14., 17. 2.). Birma sagte eine Lieferung von 45 000 t Reis als Soforthilfe zu. Am 24. 2. wurde mit Pakistan die Lieferung von 20 000 t Reis vereinbart, die VR China lieferte 10 000 t (R. Colombo 27. 2.). In der Industrieproduktion sollen 1971/72 gute Ergebnisse erzielt worden sein. Die Textilproduktion wurde von 8,975 auf 15,789 Mio. Yard gesteigert; mit 385 000 t Zement wurden 34 000 t mehr als im Vorjahr hergestellt, die Gummiproduktion stieg von 84 000 t auf 173 000 t, die von Salz von 63 350 auf 110 000 t (NCNA 4. 3.). Die Verschuldung stieg ebenfalls: die Netto-Auslandsschulden betragen Mitte 1972 703 Mio. Dollar, die Exporteinnahmen 685 Mio. Dollar, bleibt ein Defizit von 18 Mio. Dollar (SCMP 6. 3.). Die Wirtschaftshilfe des Aid-Konsortiums für 1973 wird ca. 66 Mio. Dollar (Waren und Projekthilfe) betragen. An ihr sind die USA (18 Mio.), die BRD (15 Mio.), Japan (13 Mio.), Australien (7,3 Mio.), Kanada (6 Mio.), Großbritannien (3,7 Mio.), Schweden (2 Mio.) und Frankreich (1,5 Mio.) beteiligt (SCMP 2. 3.).

c) Äußeres Vom 9.–13. 3. besuchte der Ministerpräsident Jugoslawiens, Bijedic, Sri Lanka, wo er mit der Führung des Landes den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen erörterte. In einem Kommuniqué unterstützte Jugoslawien den Vorschlag zur Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean; außerdem wurde ein Protokoll über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet (Tanjug 10.–13. 3.). Mit der UdSSR wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit der Presseagenturen vereinbart (Tass 15. 12. 72); Moskau gewährte eine Anleihe in Höhe von 1,9 Mia. Rupien für den Ausbau der Getreide verarbeitenden Genossenschaften, womit künftig 420 statt 300 t Weizenmehl täglich produziert werden sollen (R. Colombo 27. 3. W 718). Insgesamt wurden bisher 58 300 Inder repatriert, 1973 sollen weitere 35 000 folgen. Die Repatriierung erfolgt im Rahmen eines Abkommens mit Indien; jedem Auswanderer ist die Mitnahme von 28 Mio. Rupien erlaubt, die Ausreise wird von Sri Lanka finanziert (R. Colombo 21. 2. FE 4228).

B. Südostasien

1. Indonesien

a) Inneres In seiner Neujahrsansprache hob Präsident Suharto die Leistungen Indonesiens im letzten Jahr hervor. Eingehend auf die Veränderungen in Asien betonte er die Kooperation

der ASEAN-Staaten und die Rolle Indonesiens (vgl. Wirtschaft) (R. Djakarta 31. 12. FE 4185). Als Ergebnis des Zusammenschlusses von fünf islamischen Parteien wurde am 5. 1. die Vereinigte Entwicklungspartei (Partai Persatuan Pembangunan) gegründet (Antara 6. 1. FE 4189). Durch den Zusammenschluß fünf anderer Parteien entstand die „Demokratische Partei“ (Partai Demokrasi Indonesia) (R. Djakarta 11. 1. FE 4193). Die Zusammenschlüsse gehen auf Suharto zurück, der eine Reform des Parteiwesens verlangte; eine ähnliche Politik wird gegenüber den Gewerkschaften verfolgt, die derzeit zersplittert und bedeutungslos sind (NZZ 14. 2.). Unruhen wurden aus Westkalimantan und aus Zentraljava gemeldet (Antara 31. 1., 1. 2. FE 4209). Am 12. 3. wurde die Tagung des ersten gewählten Obersten Konsultativrates des Volkes eröffnet, an der 913 (von 920) Delegierte (51 Frauen) teilnahmen. Der Volkskongreß tritt alle 5 Jahre zusammen und legt die Richtlinien für die Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik fest. Auf der Tagung wurde u. a. eine 122 Punkte umfassende neue Geschäftsordnung der Volksversammlung verabschiedet. Suharto wurde zum Präsidenten für weitere fünf Jahre gewählt, Vizepräsident wurde der Staatsminister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie, Hamengku Buwono (vgl. Antara 12., 13., 14., 17. 3. FE 4246, 50, 51, 55). Die Volksversammlung verabschiedete 11 Dekrete und wurde am 24. 3. beendet. Am 27. 3. gab Suharto die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bekannt, dessen wichtigste Ressorts wie folgt besetzt sind (R. Djakarta 27. 3. FE 4257):

Inneres	Gen.Lt. Amir Machmud
Äußeres	Ādam Malik
Verteidigung und Sicherheit	Gen. M. Panggabean
Justiz	Umar Senoadji

Zahlreiche Umbesetzungen im Bereich der Militärs wurden vorgenommen; der Chef des Stabs des Heeres, Gen. U. Wirahadikusumah, wurde durch den Gen.Lt. Surono, der Chef des Stabes der Luftwaffe, S. Sukendar, durch Vize-Luftmarschall Saleh Basarah ersetzt. Die Ablösung des Stabschefs der Marine, Sudomo, durch Vize-Admiral Subono wird ebenfalls erwartet. Gleichzeitig wurden nähere Wehrebereichs- und Divisionskommandeure abgesetzt bzw. ausgetauscht (R. Djakarta 26. 3., 1. 4. FE 4257, 61).

b) Wirtschaft In seiner Neujahrsansprache erklärte Suharto, daß das vergangene Jahr in allen 23 Kategorien der Industrieproduktion eine Steigerung gebracht hatte. Die Exporte stiegen auf dem Mineralölsektor auf über 50%, die von Bauholz auf 25%. Bei den Importen stiegen die Rohstoffe um ca. 45%, die Verbrauchsgüter um 23% (R. Djakarta 31. 12. W 706). Das am 1. 4. beginnende neue Haushaltsjahr zeigt ein Festhalten an den bisher praktizierten Grundsätzen, also Steigerung der Einnahmen und Ausgaben, deren Ausmaß nach beiden Seiten kontrolliert wird. In diesem letzten Jahr des Fünfjahresplanes soll das Budget 862,4 Mia. Rh (1 US-Dollar = 415 Rh) betragen (Steigerung 14,7%). Das Ausgabenbudget sieht 518,3 Mia. für die Routineausgaben und 261,1 für die Entwicklung vor. Im Routinebudget sind für die Personalkosten einschließlich der Streitkräfte 246,1, für den Wareneinkauf 105,7 Zuschüsse an die Provinzen 101,2, für den Schuldendienst und Tilgung 5,65 Mia. Rh vorgesehen; das Entwicklungsbudget sieht Ausgaben für den ökonomischen Sektor in Höhe von 206 Mia. und für den sozialen Sektor um 37 Mia. Rh vor (R. Djakarta 8. 1. NZZ 25. 1.). Ab 1. 3. werden monatlich 200 000 t Reis vom Versorgungsamt an die Märkte im Lande geliefert (40 000 mehr als 1972). Der Reispreis wurde um 2,5 Rh je kg gesenkt, die Reiszuteilung von 1,75 auf 1,8 t täglich für Djakarta und Umgebung angehoben (Antara 27. 2.).

c) Äußeres/Allgemein Die Inter-Gouvernemental Group on Indonesia (IGGI) sagte für das Fiskaljahr 73/74 eine Kapitalhilfe von 760 Mio. US-Dollar zu. Die Anhebung der Hilfe um 90 Mio. gegenüber dem Vorjahr wird als Vertrauensbeweis für die Regierung gewertet; 390 Mio. sind für Projekte, 210 Mio. für Devisen und Kredite vorgesehen, 160 Mio. für die Einfuhr von Nahrungsmitteln. Die USA beteiligen sich daran mit 150 Mio. sowie zusätzlicher Nahrungsmittelhilfe, die Weltbank und die ADB ebenfalls mit 150 Mio., der Anteil der BRD, Japans, Frankreichs und Belgiens liegt noch nicht fest. Im Vorjahr leistete die BRD 64,8 Mio., Japan 185 Mio., Frankreich 20,6 Mio. und Belgien 6,1 Mio. Dollar Hilfe (NZZ 13. 1.). Die Aufnahme Indonesiens in die Internationale Kontrollkommission (ICC) in Vietnam wurde sehr positiv aufgenommen, man sprach von einer „Rückkehr in die Außenpolitik“. Dieser Eindruck wurde durch eine Reihe von Besuchen bestätigt; US-Vizepräsident Agnew, der britische Ver-

teidigungsminister Lord Carrington waren Anfang Januar in Indonesien, gefolgt von Australiens Premier Whitlam (NZZ 17. 1., 13. 2. FAZ 24. 2.).

Asien: Mit Malaysia wurde am 26. 12. ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (R. Djakarta 27. 12. W 705). Mit Japan wurden am 29. 1. Noten über technische Hilfe in Höhe von 100 Mio. Yen unterzeichnet (Antara 29. 1. W 710); für ein landwirtschaftliches Entwicklungsprojekt in Südsumatra hat sich Japan zu einer technischen Hilfe von 1 Mia. Yen bereit erklärt (Antara 23. 2. W 714). Das Vermittlungsangebot Japans für Verhandlungen mit der VR China wurde von Indonesien abgelehnt, da es sich hierbei um ein bilaterales Problem handle (SCMP 20. 2.). Am 6. 3. wurde ein Abkommen über einen Kredit in Höhe von 62 Mia. Yen für die Entwicklung der Ölproduktion unterzeichnet (3% Zins, rückzahlbar in 25 Jahren Aufschub 7 Jahre) (R. Djakarta 6. 3. W 715). Australiens Premier Whitlam machte bei seinem Besuch den Vorschlag, eine regionale Gruppierung in Südostasien zu gründen, der eine Verbindung Australiens mit Südostasien, China und Japan vorsieht (JAT 22. 2.). Mit Papua-Neuguinea wurde am 12. 2. ein Grenzabkommen unterzeichnet, mit dem die Land-, See- und Meeresbodengrenze geregelt wurde (Antara 12. 2. FE 4220).

Sonstige: Mit Kanada wurde ein Abkommen über Investitionen der beiden Staaten im jeweils anderen vereinbart und für 15 Jahre gültig sein soll (R. Djakarta 16. 3. W 718). Die Niederlande haben technische Hilfe für die landwirtschaftliche Entwicklung in Zentraljava in Höhe von 1 Mio. Gulden zugesagt (Antara 1. 3. W 716).

2. Malaysia

a) Inneres Die Unruhen in Sarawak und Sabah halten an; zu ihrer Bekämpfung wurde ein neues Rangerbataillon aufgestellt (R. Kuala Lumpur 19. 1. FE 4200); zu Zwischenfällen kam es auch in Sarawak (R. Kuala Lumpur 7., 12., 16. FE 4216, 20, 24). Premier Tun Abdul Razak warnte die Bevölkerung vor einer Zusammenarbeit mit den Terroristen und betonte die Notwendigkeit des Kampfes gegen alle Unruhestifter (R. Kuala Lumpur 22. 2. FE 4231). Die Unruhen in Sabah gehen auf die Eingriffe der Regierung in die Religionsfreiheit zurück; Anfang Februar wurde die Ausweisung von 15 katholischen Missionaren verfügt, wogegen die Bevölkerung protestierte. Ein Drittel der 650 000 Einwohner von Sabah sind Christen, darunter 80 000 Katholiken.

b) Wirtschaft Das Budget für 1973 wurde am 16. 2. vom Senat angenommen: es hat ein Volumen von 4,642 Mia. Mal.-Dollar, 460 Mio. mehr als 1972 (R. Kuala Lumpur 16. 2. W 712). Malaysia exportierte in den ersten 8 Monaten des Jahres 1972 im Land hergestellte Fabrik-erzeugnisse im Wert von 917,6 Mio. Dollar (Steigerung um 80 Mio.). Der Export von Stoffen betrug 264 Mio. Dollar (243,2 1972). Der Gesamtexport hatte ein Volumen von 3,5477 Mia. Dollar (R. Kuala Lumpur 20. 3. W 717). Am 19. 3. wurden neue An- und Verkaufskurse gegenüber dem Dollar bekanntgegeben; der neue Kurs beträgt 2,522 Mal.-Dollar gegenüber dem US-Dollar, was einer Aufwertung von 9,79 entspricht (FAZ 20. 3.).

c) Äußeres Premierminister Razak erklärte zum Vietnamabkommen, daß dieses „ein wichtiger Schritt vorwärts bei der Verwirklichung“ des Vorschlags für eine Neutralisierung Südostasiens sei (NZZ 26. 1.). Am 12. 3. gab Malaysia seinen Entschluß bekannt, aus der ASPAC auszutreten, wofür es als Begründung die Unfähigkeit der Organisation angab (JAT 13. 3.).

Asien: Bei der Eröffnung der ersten Handelsausstellung in Japan am 14. 3. forderte Malaysia den Abbau der Handelsgrenzen von Japan (JAT 15. 3.). Die bilateralen Beziehungen werden weiter ausgebaut. Ende März wurde ein erstes gemeinsames Projekt der Pernas mit der Nippon Electric Company vereinbart (R. Kuala Lumpur 28. 3. W 718). Mitte März besuchte der stellv. Handelsminister M. Hitam Japan, wo er am 14. 3. erneut den Abbau der Handelsbarrieren forderte, wegen der die Handelsbilanz für Malaysia ungünstig sei (Kyodo 14. 3. W 717). Thailand war das Ziel einer einwöchigen Besuchsreise des malaysischen Königspaares (JAT 2. 2.). Mit Indonesien wird die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erdölförderung intensiviert (Antara 18. 1. W 708), am 28. 2. wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunkwesens getroffen (R. Kuala Lumpur 28. 2. W 714). Als erster Staat Südostasiens beschloß Malaysia am 30. 3. die Anerkennung Nordvietnams (NZZ 1. 4.).

Sozialistische Staaten: Jugoslawiens Premier Bijedic hielt sich vom 13.–16. 3. in Malaysia auf. Im Kommuniké wurde der Besorgnis über die Anwendung von Gewalt und die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten Ausdruck gegeben; Jugoslawien unterstützt Malaysias Vorschlag der Neutralisierung Südostasiens; eine Intensivierung der Kontakte auf wirtschaftlichem, technischem und finanziellem Gebiet wurde vereinbart (Tanjug 16. 3. FE 4228). Am 10. 2. wurde mit der UdSSR ein Abkommen über die Unterstützung beim Bau des Wasserkraftwerkes am Fluß Tebeling (Provinz Pahang) vereinbart (Tass 7. 2.). Der Handel mit der UdSSR belief sich 1972 auf 140 Mio. US-Dollar, wobei etwa 300 000 t Gummi exportiert und Traktoren und technische Geräte importiert wurden (R. Moskau 24. 1. W 710). Mit der CSSR wurde am 11. 1. ein Abkommen über die Aufnahme einer Flugverbindung vereinbart (R. Prag 11. 1.). Eine Handelsdelegation aus Polen hielt sich vom 26.–30. 3. in Malaysia auf, die vordringlichen Projekte sind die Unterstützung beim Ausbau der Zucker- und Bergbauindustrie. In einem gemeinsamen Memorandum wurde ein umfangreiches Abkommen über Handel und wirtschaftlich-technische Kooperation vereinbart, nach dem auch eine Zusammenarbeit auf dem Erziehungswesen vorgesehen ist (R. Kuala Lumpur 26.–30. 3. W 718).

3. Philippinen

a) Inneres Präsident Marcos ratifizierte am 7. 1. die neue Verfassung, sagte das für den 15. 1. versprochene Plebiszit ab und suspendierte per Kriegsrechtsdekret das Interimparlament mit sofortiger Wirkung. Gleichzeitig kündigte er eine „selektive Amnestie“ für Dissidenten und Auführer im Norden und Süden des Landes an, wenn sie sich bis zum 31. 3. stellen (R. Manila 7. 1. FE 4190, NZZ 21. 1., FAZ 24. 2.). Die Amnestie wurde am 29. 3. bis zum 15. 4. ausgedehnt. Dem Erlass ging ein kommunistisches Komplott, dem u. a. Marcos zum Opfer fallen sollte, voraus, das vereitelt wurde. Das neue Kabinett wurde am 25. 1. vereidigt, ohne daß sich dabei Veränderungen in der Besetzung der Ressorts ergeben hätten (JAT 26. 1.). In den südlichen Inselprovinzen Mindanao und Sulu kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Muslims, die mehrere hundert Tote forderten (NZZ 14., 19. 3.). Offiziellen Angaben zufolge wurden die Aufständischen von Regierungstruppen geschlagen. Marcos erklärte dazu am 25. 3., daß die Krise in Mindanao durch soziale und wirtschaftliche Reformen und nicht durch militärische Aktionen gelöst werden müsse. Er kündigte eine Reihe von Programmen an, unter anderem Stipendien für 2000 Moslem-Studenten (R. Manila 26. 3. FE 4257).

b) Wirtschaft Als Ergebnis der Dollar-Abwertung müssen die Philippinen zusätzlich 11,75 Mio. US-Dollar für ihre Auslandsverpflichtungen zahlen, wie Zentralbank-Gouverneur G. Licaos am 15. 2. erklärte (R. Manila 16. 2. FEW 713). Präsident Marcos garantierte am 27. 2. ausländischen Kapitalanlegern die Möglichkeit zur Ausfuhr ihrer Gewinne als ergänzende Maßnahme zur Aufhebung des Visazwangs für ausländische Geschäftsleute. Damit sollen vor allem Japan, Taiwan und Hongkong zur Investition auf den Philippinen angeregt werden (JAT 26., 28. 2.). Die drei Luftfahrtgesellschaften des Landes sollen demnächst wegen der großen Verluste in eine umgewandelt werden (SCMP 12. 3.).

c) Äußeres Am 14. 2. erklärte Außenminister Romulo, daß Manila künftig Beziehungen zu kommunistischen Staaten zur Erschließung der Märkte für seine Waren aufnehmen wolle (R. Manila 14. 2.). Der Handel mit China, Jugoslawien, Rumänien, der UdSSR und der CSSR erreichte vom 19. 5. 72 bis 12. 3. 73 ein Volumen von 44 Mio. US-Dollar. Die Exporte bestanden zum größten Teil aus Naturprodukten wie Kokosnußöl und Holzwaren (R. Manila 15. 3. W 717). Eine erste Delegation aus der UdSSR traf am 19. 3. in Manila ein (R. Manila 21. 3. FE 4253).

4. Singapur

a) Inneres Am 28. 1. wurde der geschäftsführende Direktor der Zeitung „Nyang Siang Pao“ verhaftet und Maßnahmen zur Verstaatlichung aller Zeitungen angedroht, um beherrschende Einflüsse von Privatpersonen auszuschalten. Ein Presserrat soll eingerichtet werden, der Richtlinien für die Arbeit der Presse ausarbeiten soll (NZZ 31. 1.). Das Internationale Presseinstitut (IPI) beschuldigte Singapur, gegen die „letzten Überreste“ der Pressefreiheit zu verstoßen (JAT 4. 2.). Am 18. 2. wurde eine neue politische Partei, die „United Front“, gebildet, deren Generalsekretär Seow Kee Leng erklärte, daß es sich um eine Partei des „linken Flügel“ handle (AFP 19. 2.).

b) Wirtschaft Die Handelsbilanz Singapurs war 1972 unausgeglichen und stieg um 109,5 Mio. Singapur-Dollar auf 3,4023 Mia. an (SCMP 12. 2.). Das Bruttosozialprodukt stieg 1972 um 13%, 2% weniger als das gesteckte Ziel (1971 — 14,2%); der Außenhandel stieg um 11,7%, erstmals seit 1966 war die Wachstumsrate bei Exporten höher als bei Importen. Finanzminister Hon Sui Sen erklärte dazu, daß die weltpolitische Entwicklung Chinas für Singapurs Wirtschaft „hilfreich“ sei (JAT 27. 2.).

c) Äußeres Vom 8.—15. 1. besuchte Premierminister Lee Kuan Yew Thailand; in einem gemeinsamen Kommuniqué wurde der Besorgnis über die Entwicklung in Vietnam und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß das Volk auch dort das Recht haben sollte, seine inneren Angelegenheiten ohne Einmischung von außen zu lösen, in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Ehre zu leben. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Staaten äußerten beide die Absicht, sich um eine weitere Förderung zu bemühen (R. Bangkok 15. 1. FE 4196). Jugoslawiens Premier Bijedic besuchte vom 17.—19. 3. Singapur, wo er primär die bilateralen Beziehungen und die internationalen Konflikte diskutierte (Tanjung 17., 19. 1. FE 4249, 50). Der Handel mit der UdSSR erreichte 1972 ein Volumen von 11 Mio. US-Dollar, wobei die größten Exporte 300 000 Paar Schuhe und Leinen im Werte von mehr als 500 000 Rubel waren (R. Moskau 22. 1. W 710).

C. Indochina

1. Birma

a) Inneres Die Situation ist weiterhin von Auseinandersetzungen mit Kommunisten und „subversiven Elementen“ gekennzeichnet. Die Regierung versucht mit einem „Plan zur Elimination von Aufständischen“ die Situation unter Kontrolle zu bringen (R. Rangun 1. 1. FE 4185). Ende Januar wurde im Süden an der Grenze zu Thailand ein Aufstand niedergeschlagen, bei dem die zwei von Rebellen eroberten Städte Mong Hsat und Mong Tan befreit wurden. Die Truppen wurden von Miliz und Luftwaffe unterstützt, ein Teil der Rebellen floh nach Thailand. Der Aufstand war wegen des Verbotes, Opium anzubauen, ausgebrochen (NZZ 5. 2., JAT 6. 2.). Anfang März forderte Ministerpräsident Ne Win die Bauern zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Rebellen auf (JAT 4. 3.); am 12. 3. wurde die fünfte Konferenz des Zentralen Bauernrates des Volkes in Rangun beendet; auf ihr wurde beschlossen, daß der Bauernrat bei der neuen Verfassung mitwirken, die lang- und kurzfristigen Wirtschaftsplanungen der Regierung unterstützen und im Kampf gegen Rebellen teilnehmen sollte (R. Dacca 12. 3. FE 4244, 47). Vom 14.—18. 3. fand das fünfte Treffen des Zentralkomitees der „Socialist Program Party“ statt. Hauptpunkte waren der Verfassungsentwurf und innere Angelegenheiten (R. Rangun 14., 18. 3. FE 4247, 49). Offiziellen Angaben zufolge wurden in insgesamt 129 Kämpfen im Nordosten des Landes vom 28. 5. 72—19. 3. 73 300 Aufständische getötet, 60 verwundet, 48 gefangengenommen, 65 entkamen (R. Rangun 22. 3. FE 4253). Seit Juni 1971 sollen bei 1874 Zusammenstößen 3000 Aufständische getötet und 570 gefangengenommen worden sein (JAT 27. 3.).

b) Wirtschaft Am 2. 1. wurden drei Gummipflanzungen verstaatlicht (R. Rangun 2. 1. W 706). Wegen der Anfang Februar ergriffenen Maßnahmen gegen den Opiumhandel, denen ähnliche Aktionen in Thailand folgten, sind die Preise für Opium aus Birma um 80% gefallen, da bisher fast die gesamte Ernte nach Thailand geschmuggelt wurde und von dort auf den Weltmarkt gelangte. Das Opiumgeschäft scheint in die Hände der Rebellen übergegangen zu sein, die Waffen gegen Opium tauschen (JAT 7. 2.). Am 15. 3. beschloß die Regierung ihren Reisexport so lange einzustellen, bis die gegenwärtige Weltwährungskrise beigelegt ist (SCMP 16. 3.).

c) Äußeres Am 9. 3. traf Außenminister U Kyaw Soe zu einem Freundschaftsbesuch in Thailand ein. Im Mittelpunkt stand die Grenzfrage, nachdem in letzter Zeit Rebellen in größerer Anzahl nach Thailand geflüchtet waren. Das gemeinsame Grenzkomitee wurde seit einigen Jahren von Birma nicht mehr mit Delegationen beschickt (R. Bangkok 9. 3. FE 4243) (vgl. Thailand). Vom 20.—21. 1. besuchte der Präsident von Zaire, Mobutu, Birma und vereinbarte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen; außerdem wurde der Abschluß eines Handels- und Luftfahrtsabkommens vereinbart (R. Rangun 21. 1. FE 4201). Diplomatische Beziehungen wurden auch zur DDR aufgenommen (JAT 25. 2. 73).

2. Kambodscha

a) Inneres Trotz der sich verschlechternden militärischen und wirtschaftlichen Situation wies Marschall Lon Nol die Aufnahme von Gesprächen mit Prinz Sihanouk erneut zurück (R. Phnom Penh 9. 1. FE 4190). In einer Botschaft an die Nation erklärte Lon Nol am 24. 1. zur Entwicklung in Vietnam, daß er hoffe, daß sich der Friedensschluß dort auch positiv auf Kambodscha auswirke (R. Phnom Penh 24. 1. FE 4203). Am 28. 1. gab Lon Nol einen einseitigen Waffenstillstand bekannt und den Befehl, alle offensiven Kriegshandlungen einzustellen (R. Phnom Penh 28. 1. FE 4206). Mehr als zwei Drittel des Landes sind in Händen der Aufständischen, wobei es sich größtenteils um Niemandsland handelt; die Regierung will nicht wahrhaben, daß die Führung auf der gegnerischen Seite weitgehend in kambodschanische Hände übergegangen ist. Die „Khmer Rouge“ nutzen die allgemeine Unzufriedenheit und die Loyalität der Bauern zu Prinz Sihanouk für ihre Ziele aus, wenngleich die etwa 50 000 Guerillas keine einheitliche Gruppe bilden (NZZ 10. 2.). Angaben von Sihanouk zufolge kontrollieren die Guerillas 90^{0/0} des Landes, nach westlichen Schätzungen sind es 80^{0/0} (JAT 10. 2.). Am 7. 2. wurden zwei Führer der Opposition, General Sirik Matak zum Vizepräsidenten, der frühere Innenminister In Tan zum Sonderberater für Kontakte mit den Kommunisten in die Regierung aufgenommen (NZZ 12. 2. FE 4220). Dieser Versuch, die Regierungsbasis zu verbreitern, scheiterte aber, da In Tan am 25. 2. von seinem Posten zurücktrat, weil er die gewünschte Handlungsfreiheit nicht erhalten hatte (NZZ 26. 2.). Am 4. 3. wurde die größte Tageszeitung, die „Kok Santepheap“ (Auflage 1,2 Mio.) wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit von der Regierung verboten (JAT 6. 3.); am 13. 3. folgte das Verbot einer englischsprachigen Zeitung, womit seit Mai 1972 17 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mußten (AFP 13. 3.). Am 6. 3. erklärte sich Lon Nol zu Verhandlungen mit Vertretern Nordvietnams und des Vietkong über die Probleme des Abzugs der fremden Truppen bereit (R. Phnom Penh 7. 3. FE 4240); am gleichen Tag wurde von der Nationalversammlung die Einführung der Wehrpflicht für alle männlichen Einwohner im Alter zwischen 18 und 35 Jahren beschlossen (NZZ 8. 3.). Am 17. 3. wurde mit einem Kampfflugzeug der Luftwaffe ein Anschlag auf Präsident Lon Nol verübt; der Attentäter soll ein Schwiegersohn von Prinz Sihanouk gewesen sein, der nach dem Attentat entkam (R. Phnom Penh 17. 3. FE 4248, NZZ 19. 3.). Als Reaktion auf das Attentat wurde mit sofortiger Wirkung der Ausnahmezustand verhängt, den die Nationalversammlung am 21. 3. bestätigte. Der Oberkommandierende der Luftwaffe, General Satto, und sein Stabschef wurden abgesetzt (NZZ 23. 3.).

b) Wirtschaft Durch den Krieg wurden Produktion und Verteilung erheblich gestört, vor allem die Landwirtschaft beeinträchtigt; in ihr ist der größte Teil der Bevölkerung beschäftigt. Die Reisproduktion ging erheblich zurück, ein Teil des Reislandes ist in feindlichen Händen, zahlreiche Felder liegen brach, die Arbeitskräfte haben ihre Plätze verlassen. Der allgemeine Preisindex (Dezember 1969 = 100) liegt bei 230, der für Nahrungsmittel stieg auf 295. Das Kilo Reis stieg von 5 Riel 1969 auf 40 im März 1973. Die Umgestaltung des Budgets brachte durch die Vergrößerung der Streitkräfte eine Erhöhung der Regierungsausgaben mit sich, während die Einnahmen zurückgingen. Das Budgetdefizit wurde bisher durch Darlehen bei der Nationalbank und ausländische Wirtschaftshilfe gedeckt; die US-Hilfe betrug 1972 ca. 50 Mio. Dollar, die USA tragen auch den größten Teil der Verteidigungskosten, über die keine genauen Angaben vorliegen. Die künftige Entwicklung wird verhältnismäßig günstig beurteilt, da wegen der nur etwa 7 Mio. Bevölkerung die Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung für gering geachtet werden (R. Phnom Penh 9. 3. FE 4242, NZZ 16. 3.). Als Maßnahmen gegen die Preissteigerungen wurde u. a. eine Kommission eingesetzt, die die Preise auf dem Erdölsektor kontrollieren soll, während die für Wasser, Elektrizität und Reis für die nächsten Monate eingefroren werden (R. Phnom Penh 12. 3. FEW 716).

c) Äußeres Mit Ecuador wurde am 5. 1. eine Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet (La Voz de Los Andes 5. 1. FE 4189); am 23. 2. traf eine Delegation unter Außenminister Long Boret zu einem Besuch in Obervolta ein (R. Ouagadougou 24. 2.).

3. Laos

a) Inneres Die Gespräche der Regierung mit Vertretern des Pathet Lao wurden fortgesetzt (vgl. zu den Gesprächsrunden FE 4187, 4192, 98, 4205, 21). Nachdem Ende Januar vergeblich

auf ein Waffenstillstandsabkommen im Gefolge der Entwicklung in Vietnam erwartet worden war, kam es nach der 18. Gesprächsrunde zur Unterzeichnung eines „Abkommens über die Wiederherstellung des Friedens und der Herbeiführung der nationalen Einheit“. In insgesamt fünf Kapiteln mit vierzehn Artikeln werden allgemeine Prinzipien (Kapitel 1), militärische Bestimmungen (Kapitel 2) vereinbart. Nach ihnen tritt am 22. 12. um 12 Uhr Ortszeit ein vollständiger Waffenstillstand auf dem gesamten laotischen Territorium in Kraft, stellen die Streitkräfte fremder Länder ihre Aktivität in Laos endgültig ein (ebenso wie die der laotischen Parteien), werden innerhalb von 60 Tagen der Abzug allen Militärpersonals, regulärer und irregulärer ausländischer Truppen und die Auflösung militärischer und paramilitärischer Organisationen fremder Länder abgeschlossen sein und jede der beiden Kriegsparteien die Kriegsgefangenen freilassen. In den politischen Bestimmungen (Kapitel 3) wird die Bildung eines „nationalen Konsultativrates“ innerhalb von 30 Tagen, der u. a. freie und demokratische allgemeine Wahlen organisieren soll, sowie die Zusammensetzung einer „provisorischen Regierung der nationalen Einheit“ vereinbart. Bis zur Wahl einer Nationalversammlung soll auf den von beiden Parteien besetzten Territorien das vereinbarte politische Programm durchgeführt und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Zonen beschleunigt werden. In Kapitel 6 wird eine gemeinsame Kommission für die Erfüllung des Abkommens sowie die Tätigkeit einer internationalen Überwachungs- und Kontrollkommission entsprechend dem Genfer Abkommen von 1962 (Mitglieder Indien, Polen und Kanada) festgelegt. Das Abkommen von Innenminister Pheng Phongsavan und von Phoumi Vongvichit unterzeichnet (den Text vgl. R. Vientiane 21. 2. FE 4227, FAZ 21., 22. 2.). Die Formulierung, daß im Konsultativrat eine „gewisse Anzahl“ Unabhängige neben den Vertretern der beiden Parteien hinzukommen, läßt die Möglichkeit offen, daß die Pathet Lao das Mehrheitsverhältnis zu ihren Gunsten wenden. Die Tatsache, daß Vientiane und Luang Prabang zur neutralen Zone erklärt werden, womit Vientiane weiterhin Sitz der Regierung, Luang Prabang aber die Bühne des Konsultativrates ist, bedeutet eine de-facto-Regierung in der Residenz des Königs für einen im Sinne des Pathet Lao agierenden Konsultativrat. Ähnlich der Entwicklung in Vietnam kam es in der Folgezeit zu zahlreichen Verletzungen dieses Waffenstillstands, für die sich beide Seiten gegenseitig beschuldigten (NZZ 24. 2.). Die Gespräche zwischen beiden Parteien wurden auch in der Folgezeit fortgesetzt (vgl. FE 4239, 46). Am 21. 3. lief die 30-Tage-Frist ab, nach der eine Koalitionsregierung gebildet werden sollte, ohne daß eine Einigung darüber erzielt wurde (R. Vientiane 23. 3. FE 4253).

b) Äußeres Am 10. 2. besuchte H. Kissinger Laos zu Gesprächen mit Premier Souvanna Phouma, wobei er versicherte, daß alle Vereinbarungen des Indochina-Abkommens vom 27. 1., insbesondere der Abzug fremder Truppen aus Laos, strikt von allen Parteien eingehalten werden müsse (R. Vientiane 10. 2. FE 4218). Vom 27.–30. 1. besuchte Premier Phouma Indien zu Gesprächen mit Gandhi, wobei es primär um die Internationale Kontrollkommission in Laos und ihre Verstärkung auf mindestens 500 Mann ging (NZZ 31. 1.). Am 20. 3. gab die BRD die Anhebung der diplomatischen Beziehungen zu Laos auf Botschaferebene bekannt (FAZ 21. 3.). Mit Frankreich wurde am 28. 3. ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens getroffen, demzufolge Frankreich eine Fernsehstation in Vientiane erstellen wird (R. Vientiane 29. 3. W 718).

4. Thailand

a) Inneres Die Guerillatätigkeit nahm vor allem im Nordosten des Landes zu; dieses Gebiet gehört zu den rückständigsten des Landes, obwohl in den letzten Jahren viel zur Verbesserung der Infrastruktur gemacht wurde. Von den etwa 12 Mio. Einwohnern ($\frac{1}{3}$ der Gesamtbevölkerung) leben etwa 85% auf dem Land, das Durchschnittseinkommen liegt mit 42 US-Dollar pro Kopf entschieden niedriger als im übrigen Thailand (98 US-Dollar). Die Bevölkerung ist mit der Politik der Regierung unzufrieden, was die Tätigkeit der Guerillas begünstigt (vgl. NZZ 6. 1., 17. 1.). Premier Kittikhachorn erklärte am 8. 2. zur Anwesenheit von US-Streitkräften, daß die Regierung von den USA wegen der Guerillas um Unterstützung ersucht habe (R. Bangkok 8. 2. FE 4217). Am 13. 2. wurde ein Komitee gebildet, das sich mit der Ausarbeitung einer Verfassung beschäftigen soll; Leiter ist General Praphat Charusathien, von den 43 Mitgliedern sind 27 Militärs und 16 Zivilisten (R. Bangkok 14. 1. FE 4221, JAT 15. 2.). Am 22. 3. erklärte Kittikhachorn zur kommunistischen Infiltration, daß Terroristen aus China,

Nordvietnam und Laos über die Grenze im Norden Thailands gekommen seien; von Laos aus werde außerdem eine Straße in Richtung Thailand gebaut, die dem Nachschub der Guerillas diene (R. Bangkok 22. 3. FE 4253).

b) Wirtschaft Am 3. 1. gab Industrieminister General Krit Siwara die Prioritäten der neuen Industriepolitik bekannt, die eine Förderung von Investitionen des Auslands, eine Steigerung der Arbeitsplätze, eine Verminderung des Handelsdefizits vorsehen (R. Bangkok 3. 1. W 706). Anfang Februar erhielt Thailand eine Anleihe in Höhe von 4 Mio. US-Dollar von der Weltbank, mit der Erziehungs- und landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte finanziert werden sollen (SCMP 9. 2.). Am 14. 2. gab die Bank von Thailand bekannt, daß der Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar mit 20,285 Baht unverändert bliebe. Ende 1972 hatte Thailand Auslandsschulden in Höhe von 1840 Mio. US-Dollar in mittel- und langfristigen Krediten (R. Bangkok 14. 2. W 712). Um die Reisversorgung sicherzustellen, wurde u. a. die Registrierung aller Reisvorräte vorgeschrieben (R. Bangkok 14. 3. W 717). Ab 13. 3. ist für die Ausländer eine Arbeitslaubnis notwendig, ausgenommen davon sind nur Ausländer mit Wohnlerlaubnis sowie die im staatlichen Dienst (JAT 24. 12. 72).

c) Äußeres/Asien: Am 22. 3. kehrte der stellv. Außenminister, General Chatchai Chunchawan, von einem überraschenden Besuch in Laos zurück, wo er mit Prinz Souvanna Phouma wie mit den Botschaftern Chinas und Nordvietnams zusammentraf. Mit dem Vertreter Chinas erörterte er eine Normalisierung der Beziehungen, mit dem Nordvietnams Repatriierungsfragen (R. Bangkok 22. 3. FE 4259). Am 15. 2. verließen die letzten thailändischen Soldaten Südvietnam (R. Bangkok 15. 2. FE 4223), kurz darauf wurden erste Kontakte mit Nordvietnam wegen der Repatriierungsgespräche nach Thailand geflüchteter Vietnamesen begonnen (R. Bangkok 13. 2.). Thailand ist angeblich bereit, alle US-Militäreinrichtungen in seinem Lande aufzugeben, wenn sich Nordvietnam einverstanden erkläre, seine Unterstützung für die thailändischen Guerillas aufzugeben (The Nation, Bangkok, 16. 2.). Mit Japan wurde am 28. 12. ein Abkommen über die Errichtung eines petrochemischen Komplexes mit einem Kostenaufwand von 5,6 Mia. Baht unterzeichnet (JAT 8. 1.). Am 22. Januar begann die fünfte Tagung des gemeinsamen japanisch-thailändischen Handelskomitees. Thailand verlangte eine Reduzierung der japanischen Handelskontrolle sowie ein besseres Verhältnis zwischen den Exporten Thailands und dem Bedarf Japans für die nächsten fünf bis zehn Jahre. Japan solle außerdem bei Wiederaufbauprojekten in Vietnam Waren aus Thailand berücksichtigen (R. Bangkok 23., 24., 25. 1. W 709). Im Abschlußkommuniqué gab Japans Außenhandelsminister Nakasone bekannt, daß Japan beschlossen habe, die Bedingung über das Kreditabkommen von Mai 1972, nach dem Thailand ausschließlich japanische Ware beziehen müsse, für nichtig erklärt habe (Kyodo 25. 1. W 710). Trotz der antijapanischen Stimmung wuchs das Ungleichgewicht im Handel mit Japan auf 5,926 Mia. Baht an, womit sich das Handelsdefizit im Vergleich zum Vorjahr um 583,9 Mio. erhöhte. Die Importe betragen in den ersten elf Monaten des Jahres 10,182 Mia. Baht (11% mehr), die Exporte stiegen auf 4,219 Mia. (11% mehr). 60% davon waren landwirtschaftliche Erzeugnisse (Bangkok Post 8. 3.) (vgl. Singapur und Birma).

Sonstige: Der Außenhandelsminister der UdSSR, N. Patolitshev, besuchte am 22. 3. Thailand; demnächst soll eine Handelsagentur in Thailand eingerichtet werden, außerdem erklärte sich die UdSSR bereit, Waren auf Kredit an Thailand zu liefern (R. Bangkok 23. 3. FE 4255). Bundeswehrrinspekteur General Ferber besuchte Anfang Februar Thailand und erhielt dabei einen Orden verliehen (R. Bangkok 6. 2. FE 4216). Am 9. und 10. 2. besuchte H. Kissinger Bangkok, um die Auswirkungen des Waffenstillstandsabkommens in Indochina zu erörtern (R. Bangkok 9. 3. FE 4218). Nach dem Waffenstillstand in Vietnam ist Thailand Hauptstützpunkt der USA in Indochina, derzeit verfügt es über sieben Stützpunkte in Udorn, Korat, Nam Phang, Takhli, Ubon, Utatao und Nakhon Phanom. Die Zahl der US-Soldaten wird auf 45 000 Mann geschätzt (NZZ 23. 1., FAZ 27. 2.).

5. Nordvietnam

a) Inneres Am 6. 1. wurde der Notstand erklärt und ein Hilfs- und Kriegswirtschaftsprogramm verkündet, das „Produktions- und Lebensbedingungen . . . in den von US-Bombern getroffenen Gebieten“ stabilisieren soll (NZZ 8. 1.). Das Vietnamabkommen wurde von Parteiorgan

Nhan Dan als „gänzender Sieg des patriotischen Kampfes der bewaffneten Kräfte und des Volkes in beiden Teilen des Landes“ begrüßt (VNA 28. 2. FE 4206). Zum 43. Jahrestag der KP am 3. 2. wurde in einem Artikel die bisherige Entwicklung in Indochina in vier Phasen dargestellt: 1. von der Gründung der Partei in den 30er Jahren bis August 1945; 2. vom Widerstand gegen Frankreich bis 1954; 3. vom sozialistischen Aufbau im Norden und dem „Heiligen Krieg“ gegen die US-Aggression bis zum Sieg; an der vierten Phase wird seit dem 28. 1. 73 geschrieben (VNA 2. 2.). Anfang Februar wurde eine Direktive über die Erziehungspolitik erlassen, die sich eine Normalisierung im Schuljahr 1972/73 zum Ziel setzt (R. Hanoi 7. 2. FE 4216). Am 20. 2. wurde eine Sitzung der Nationalversammlung eröffnet, die sich mit der neuen Situation und den neuen Aufgaben nach der Unterzeichnung des Vietnamabkommens befaßte. Im Mittelpunkt stand die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation, der Aufbau von Kommunikations- und Verkehrssystem (VNA 20., 22. 2. FE 4229). Eine Resolution vom Politbüro der KP vom 20. 2. hatte die Arbeit der Kader und die Überprüfung der Kaderstrukturen zum Gegenstand (R. Hanoi 12. 3. FE 4246).

b) Wirtschaft Die Entwicklung 1972 war trotz der schwierigen Bedingungen offiziellen Angaben zufolge zufriedenstellend. Die Anzahl der kollektiven Hausschweine stieg um 20⁰/. Die Zuckerproduktion stieg um 9⁰/, die von Tee um 31⁰/, die von Aluminiumprodukten um 11⁰/. (R. Hanoi 10. 1. W 707). Im Plan für 1973 ist in der Leichtindustrie eine Steigerung von 30⁰/, in der Konsumgüterindustrie eine von 34–100⁰/. vorgesehen (VNA 14. 2. W 712). Anfang März wurde eine Direktive zur Verbesserung der wirtschaftlichen Führung in der „neuen Situation“ erlassen. Danach wird von jeder Produktionseinheit ein genauer Plan mit genau festgesetzten Aufgaben verlangt (R. Hanoi 11. 3. W 716). Die vorgesehene Entwicklungshilfe des Auslands für Wirtschaft und Industrie läuft nur langsam an. In der ersten Phase werden vordringlich Nahrungsmittel, Bekleidung und medizinische Unterstützung benötigt, in der zweiten geht es um die Wiederherstellung der Verkehrs- und sozialen Einrichtungen.

c) Äußeres/Asien: Ende März besuchte eine Delegation aus Japan Hanoi zu Handelsgesprächen, wobei vereinbart wurde, daß Nordvietnam Kohle, Eisenerz und landwirtschaftliche Produkte exportieren und dafür Stahl, Kunstdünger und Textilien importieren wird (Kyodo 30. 3. W 718). Am 14. 1. sandte Japan medizinische Waren im Werte von 7,2 Mio. Yen nach Hanoi (Kyodo 14. 1. FE 4194). Malaysia gab am 30. 3. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit N-Vietnam bekannt (R. Kuala Lumpur 31. 3. FE 4260). **Afrika:** Am 31. 12. wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Tunesien vereinbart (VNA 31. 12. FE 4184).

Europa: Mit Belgien wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 22. 3., mit Finnland am 25. 1. bekanntgegeben. Schweden beschloß am 11. 1. Nordvietnam eine Hilfe in Höhe von 100 Mio. Kronen zur Verfügung zu stellen (VNA 19. 1. W 708).

Sozialistische Staaten: Am 30. 1. besuchte Außenminister Nguyen Duy Trinh auf dem Rückweg von Paris die UdSSR (NZZ 1. 2.). Am 9. 1. wurden mit der DDR Abkommen über materielle Hilfeleistungen, den Warenaustausch und eine Vereinbarung über die Errichtung von Reparaturwerkstätten unterzeichnet (R. DDR 9. 1.). Vom 15.–19.3. besuchte eine Delegation unter SED-Chef Stoph N-Vietnam. In einer gemeinsamen Erklärung wurden u. a. Maßnahmen beschlossen, N-Vietnam bei der Überwindung von Kriegsfolgen zu helfen (ADN 15., 19. 3., VNA 19. 3. FE 4247). Mit der CSSR wurde am 12. 1. ein Waren- und ein Hilfsabkommen unterzeichnet (CTK 12. 1. W 708). Mit Rumänien wurde am 30. 12. ein Handels- und Zahlungsabkommen vereinbart (Agerpres 30. 12. W 706). Mit Bulgarien wurden Kredit-, ein Hilfs- und ein Handels- und Zahlungsabkommen für 1973 unterzeichnet (BTA 16. 1. W 708). Mit Polen wurde ein Hilfsabkommen für 1973 vereinbart (PAP 20. 1. W 709). Die Unterstützung Ungarns wurde durch Spenden des Volkes auf 5 Mio. Forint erhöht; außerdem wurden Abkommen über die wirtschaftliche, militärische Unterstützung und wissenschaftlich-wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart (VNA 16. 1., MTI 5. 1. W 707). Mit Nordkorea wurde am 26. 1. ein Abkommen über wirtschaftliche Militärhilfe sowie Warenaustausch unterzeichnet (NCNA 27. 1.). Mit Albanien folgten am 6. 2. Abkommen über nicht rückzahlbare Wirtschaftshilfe und über Warenaustausch und Zahlungsverkehr (ATA 7. 2.).

Sonstige: Am 26. 2. anerkannte Kanada N-Vietnam (VNA 8. 3. FE 4241).

6. Südvietnam

a) Inneres Zur Veröffentlichung des Waffenstillstandabkommens erklärte Präsident Thieu in einer Botschaft an die Nation, daß in Vietnam nach wie vor zwei getrennte provisorische Nationen existierten, daß es aber niemals zu einer Anerkennung der Regierung des Vietkong oder einer Koalitionsregierung kommen werde. Das Abkommen selbst werde „nicht notwendigerweise wirklich einen dauerhaften Frieden“ bringen, sondern sei allenfalls ein Waffenstillstand, mit dem ein „neues Stadium des Widerstands“ beginnen werde (R. Saigon 24. 1. FE 4203). Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens wurde eine Reihe strenger Maßnahmen in S-Vietnam erlassen, die vor allem die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zum Ziele hatten. In dessen Rahmen wurden auch weitere Beschränkungen der Pressefreiheit erlassen, die sich auch auf ausländische Journalisten erstreckte (FAZ 23. 1., SZ 8. 2.). Mitte Februar wurde ein Dekret von Thieu unterzeichnet, nachdem die vietnamesische Nachrichtenagentur (VNA) unter die Kontrolle der nationalen Generalkommission für Information gestellt wurde (FE 4223). Am 23. 2. wurde in Saigon eine „Volksfront“ auf Initiative der Regierung gegründet, die sich die Gewinnung des Friedens und das Selbstbestimmungsrecht zum Ziel setzt (R. Saigon 23. 2. FE 4225, 30). Am 24. 3. schlossen sich die etwa 20 politischen Gruppierungen zu drei Blockparteien zusammen, eine Maßnahme, die von Thieu vorher im Rahmen seiner Sondervollmachten angeordnet wurde. Die neuen Parteien sind die Sozialistisch-demokratische Partei (Lien-Minh-Danchu-Xa-Hoi-Liga), die Freiheitspartei (Tu-Leo) und die Demokratische Partei (Dan Chu) Präsident Thieus (NZZ 29. 3.). Am 26. 3. wurde eine Amnestie erlassen, die insgesamt 509 Gefangene betraf, wozu 684 andere kamen, die kurz zuvor freigelassen worden waren (R. Saigon 26. 3. FE 4256).

b) Wirtschaft Die wirtschaftliche Situation ist weitgehend von den Auswirkungen des Abzuges der US-Truppen gekennzeichnet, womit der „künstliche Boom“, den die Präsenz der Militärs hervorgerufen hatte, zu Ende ging. 1971 hatten sich die US-Ausgaben auf 400 Mio. \$, 1972 auf 200 Mio. \$ belaufen, für 1973 werden 50 Mio. geschätzt. Da das Jahr 1972 für die Wirtschaft allgemein ein schlechtes Jahr war – es mußten 300 000 t Reis importiert werden – wird die künftige Situation mit erheblichen Schwierigkeiten belastet sein. Die Inflationsrate belief sich 1972 auf 23%, für 1973 wird eine Steigerung erwartet. Lediglich die Exporte konnten eine Steigerung von 12 Mio. 1971 auf 23 Mio. \$ 1972 verzeichnen. Wichtigste Ausführprodukte waren Holz, Garnelen und Kautschuk. Um der Regierung die benötigten Einnahmen zu verschaffen, hat Präsident Thieu Ende letzten Jahres neue Steuergesetze verabschiedet, die im Juli in Kraft treten sollen und nach einem komplizierten System eine Einkommensteuer vorsehen, wovon alle Personen, die weniger als 30 000 Piaster monatlich verdienen, ausgenommen sind. Die Voraussetzungen für einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau sind jedoch relativ gut, zumal durch den Krieg eine Infrastruktur gegeben ist, mit der das Land über 200 000 km Straßen, 16 Flugplätze und unzählige Landungsstreifen verfügt. Rund zwei Drittel der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, die auch künftig die wirtschaftliche Basis sein wird. Ein Projekt sieht den Bau eines Wasserkontrollsystems vor, das Überflutungen im Mekong-Delta verhindern soll, die der Ernte bisher großen Schaden zufügten; außerdem ist ein Brückensystem vorgesehen, womit der Fährverkehr abgelöst werden soll. Zwei Ernten jährlich könnten S-Vietnam seine Nahrungsmittelversorgung sichern, und es wäre bald in der Lage, wieder Reis zu exportieren. Eine der Hauptaufgaben wird die Erneuerung der Kautschukplantagen sein, die unter dem Krieg sehr litten. Ein neuer Vierjahresplan von 1972–75 sieht eine jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes von 6,5% vor, für 1976 werden 2957,5 Mio. \$ angestrebt. Das Pro-Kopf-Einkommen soll sich von 123 auf 139 \$ erhöhen, der Wert der landwirtschaftlichen Produktion von 692,5 Mio. 1971 auf 1 Mia. \$ 1975 gesteigert werden (vgl. NZZ 25. 2., 14. 3., SZ 6. 3.). Am 26. 3. erklärte Präsident Thieu zu der von ihm vor drei Jahren verkündeten Landreform, daß 1 003 325 ha Reisfelder an 858 851 arme Bauernfamilien verteilt wurden (R. Saigon 26. 3. FE 4257).

7. Vietnamkrieg/Vietnamverhandlungen

Am 30. 12. ordnete Präsident Nixon die Einstellung der Bombenangriffe gegen alle Ziele nördlich des 20. Breitengrades an, und am 2. 1. wurden die seit dem 23. 12. unterbrochenen Expertengespräche der USA mit Nordvietnam wieder aufgenommen (Die Zeit 5. 1.). Am 4. 1. fand die 172. Sitzung der Vietnamkonferenz statt, auf der Nordvietnam erneut die Unter-

zeichnung des Abkommens vom 26. 10. forderte. Am 5. 1. gab das US-Verteidigungsministerium bekannt, daß 1972 insgesamt 299 Soldaten in Vietnam gefallen seien, die niedrigste Verlustzahl seit 8 Jahren. Seit dem 1. 1. 1961 sind 45 928 US-Soldaten in Südostasien ums Leben gekommen. S-Vietnam meldet für 1972 insgesamt 37 566 Tote. Nach Angaben aus Saigon verloren N-Vietnam und der Vietkong in diesem Jahr 131 675 Mann. Einer US-Statistik zufolge sind seit 1961 180 676 Soldaten Süd- sowie 921 350 N-Vietnams und des Vietkong gefallen (JAT 25. 1.). Am 8. 1. setzten Henry Kissinger und Le Duc Tho ihre vertraulichen Verhandlungen in Paris fort, die am 13. 1. abgeschlossen wurden. In der 173. Sitzung der Vietnamkonferenz am 11. 1. ergaben sich keine Veränderungen. Am 14. 1. ordnete Präsident Nixon mit Wirkung vom 15. 1. die vollständige Einstellung aller Kriegshandlungen gegen N-Vietnam an, eine Maßnahme, die eine einseitige Friedensgeste „aufgrund des Fortschritts“ bei den Verhandlungen Kissinger/Le Duc Tho darstellte (NZZ 10. 1., VNA 11. 1. FE 4193, NZZ 17. 1.). Die 174. Sitzung der Vietnamkonferenz, am 18. 1., wurde ohne Festlegung eines neuen Termins vertagt (FAZ 19. 1.). Am 18. 1. begann General Alexander Haig, der Stellvertreter von Kissinger, eine Reise nach Kambodscha, Laos und Thailand, um die Regierungen über den Stand der Vietnamverhandlungen und die sie betreffenden Punkte zu unterrichten. Am 23. 1. wurde in Washington und Hanoi ein gleichlautendes Communiqué veröffentlicht, nach dem am gleichen Tag um 12.30 Uhr das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam von H. Kissinger und Le Duc Tho paraphiert wurde. Am 27. 1. wurde das Abkommen in Paris von den Beteiligten unterzeichnet, zusammen mit einem „Protokoll über die Kriegsgefangenen“ und einem „Protokoll über die Kontroll- und Überwachungskommission“. Die Unterzeichnung fand auf Wunsch S-Vietnams derart statt, daß die Delegationen der Regierung in Saigon und der provisorischen Volksregierung einander nicht begegnen und ihre Unterschriften nicht auf dem gleichen Blatt stehen. Das Abkommen sieht u. a. folgendes vor: Waffenstillstand in Vietnam mit Wirkung von 24 Uhr GMT in der Nacht zum 28. 1.; Abzug aller amerikanischen und sonstiger verbündeter Truppen innerhalb von 60 Tagen; Verbot der Verbringung von Truppen und Kriegsmaterial nach S-Vietnam; Freilassung bzw. Austausch aller Kriegsgefangenen und Internierten; Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des südvietnamesischen Volkes; Bildung eines südvietnamesischen „Nationalrats der nationalen Versöhnung und Eintracht“; Einigung zwischen beiden südvietnamesischen Parteien über die inneren Angelegenheiten S-Vietnams innerhalb von 90 Tagen; Abhaltung freier demokratischer und allgemeiner Wahlen in S-Vietnam unter internationaler Überwachung; schrittweise Wiedervereinigung Vietnams mit friedlichen Mitteln; bis zur Wiederherstellung der Wiedervereinigung Respektierung der demilitarisierten Zone zwischen N- und S-Vietnam und Bündnisfreiheit beider Teile Vietnams; Durchführung der Bestimmungen des Abkommens durch eine aus Vertretern der beiden südvietnamesischen Parteien bestehende Militärkommission; Kontrolle und Überwachung durch eine aus Vertretern Kanadas, Ungarns, Polens und Indonesiens bestehende Internationale Kommission; Einberufung einer internationalen Vietnamkonferenz innerhalb von 30 Tagen, zu der von den vier Parteien des Abkommens die VR China, Frankreich, die UdSSR, Großbritannien, die vier Staaten der internationalen Kontroll- und Überwachungskommission sowie der Generalsekretär der UNO eingeladen wurden; Respektierung der Unabhängigkeit, Einheit, territorialen Integrität und Neutralität von Laos und Kambodscha sowie Abzug aller ausländischen Truppen aus diesen Ländern; Zusage amerikanischer Hilfe für die Beseitigung der Kriegsschäden und den Wiederaufbau an die Demokratische Republik Vietnam (den Text vgl. USIS 25. 1., FAZ 26. 1., NZZ 26. 1.). Das Abkommen entspricht im wesentlichen dem am 26. 10. 72 von N-Vietnam veröffentlichten Entwurf. Der im Abkommen vereinbarte Waffenstillstand trat am 28. 1. in Kraft, trotzdem kam es an zahlreichen Stellen des Landes weiterhin zu Kampfhandlungen, bei denen beide Seiten versuchten, weitere Dörfer zu erobern oder blockierte Straßen freizukämpfen. Lediglich die US-Streikräfte stellten alle Kampfhandlungen ein. In Saigon konstituierte sich am 29. 1. die internationale Kontroll- und Überwachungskommission mit Vertretern Kanadas, Ungarns, Polens und Indonesiens sowie die Vier-Parteien-Militärkommission aus Vertretern der USA, der Regierung beider vietnamesischer Staaten und des Vietkong. Nach ersten Behinderungen der Militärkommission durch administrative Formalitäten gegenüber den kommunistischen Delegationen traten beide Kommissionen am 31. 1. zu einer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen (vgl. NZZ 28. 1., JAT 29. 1., NZZ 29. 1., FAZ 30. 1.). Vom 26. 2.–2. 3. fand in Paris die im Abkommen vereinbarte Vietnamkonferenz

mit den ebenfalls festgelegten 13 Teilnehmerparteien statt, an dessen Ende eine Schlußdeklaration mit neun Artikeln unterzeichnet wurde. Darin anerkannten alle Konferenzteilnehmer „feierlich“ die „nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes“ (Art. 4); wurde festgelegt, daß die vier Parteien des Pariser Abkommens vom Januar oder die beiden süd-vietnamesischen Parteien einzeln oder gemeinsam die an der Konferenz beteiligten Parteien über die Durchführung des Abkommens unterrichten können (Art. 6); im Falle einer Verletzung des Abkommens vom 27. 1. oder der Zusatzprotokolle, die eine Bedrohung der Unabhängigkeit, der Einheit, der Souveränität oder der Integrität Vietnams darstellen, können die Unterzeichnenden des Abkommens einzeln oder gemeinsam die notwendigen Maßnahmen beschließen. Die internationale Vietnamkonferenz kann auf gemeinsamen Antrag Nordvietnams und der USA oder auf Antrag von mindestens sechs der Unterzeichnerparteien wieder einberufen werden (Art. 7); das Abschlußdokument tritt sofort in Kraft, ohne daß die Unterschriften eine gegenseitige Anerkennung der Unterzeichner darstellen (Art. 9) (NZZ 8., 17., 23., 28. 2., NCNA 2. 3., NZZ 3., 5. 3.). Unter gegenseitigen Vorwürfen über Verletzungen der vereinbarten Abkommen N- und S-Vietnams wurde der Gefangenaustausch fortgesetzt und nahm die Kontrollkommission ihre Tätigkeit auf. Am 19. 3. begannen auch die formellen Gespräche über die politische Zukunft des Landes zwischen S-Vietnam und dem Vietkong (NZZ 21., 23. 3.). Die letzte Phase des Gefangenaustausches wurde unter Überschreitung der dafür vorgesehenen Frist um 24 Stunden eine Einigung über die Freilassung aller amerikanischen Kriegsgefangenen und den parallel dazu laufenden Truppenabzug der USA aus Vietnam erreicht. Am 29. 3. wurden die letzten Kriegsgefangenen des Vietkong, N-Vietnams und der Pathet Lao freigelassen, und zum gleichen Zeitpunkt erfolgte der Abzug der letzten US-Truppen aus Vietnam, womit das Disengagement der USA zumindest vorerst und nach außen hin vollzogen war (NZZ, FAZ 28. 3., R. Hanoi 29. 3.).

D. Ostasien

1. Volksrepublik China

Die Berichterstattung über Innen- und Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China ist zum einen von der Nachrichtenpolitik Pekings bestimmt, die eine freie Berichterstattung über innere Angelegenheiten nicht zuläßt. Zum anderen erlaubt die Größe dieses Landes und der zur Verfügung stehende Raum in der Chronik eine exakte Wiedergabe der Ereignisse in den einzelnen Provinzen nicht. Aus diesen Gründen ist eine Beschränkung auf überregionale Ereignisse geboten. Einzelne Meldungen über die Provinzen sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht werden regelmäßig von *Summary of World Broadcasts*, Part 3 The Far East und vom *Weekly Report* dieser Reihe publiziert.

a) Inneres Generell steht China im Zeichen des Wiederaufbaus der Parteiorganisationen und des Staatsapparates. Die Armee spielt zwar nicht mehr die erste Rolle, bleibt aber eine der Hauptkomponenten der Regierung; eine feindselige Haltung der Staatsführung gegenüber der Armee ist nicht festzustellen. 60% der Parteisekretäre sind Militärangehörige, woraus sich das Problem der Entmilitarisierung der Partei ergibt. Schwerpunktthemen der Massenmedien sind nach wie vor die Bewegung der „Kritik des Revisionismus und der Berichtigung des Arbeitszieles der Partei“ als Grundlage einer materiellen und geistigen Erfolge (vgl. u. a. *JmJP* 8., 14. 1., *KNJP* 8., 11. 1.) sowie regelmäßige mit Bildmaterial versehene Berichte über die nationalen Minderheiten, wobei Sinkiang hervorgehoben, mit dem Hinweis darauf, daß es sich um „Grenzgebiet“ handelt (vgl. *KNJP* 21., 22. 1., *JMJP* 11., 18. 1.); auch das Thema „Verbundenheit von Armee und Volk“ wird stets wiederholt und vielfach anhand von Beispielen wie der Unterstützung der Landwirtschaft durch die Armee behandelt (vgl. *KMJP* 1. 1., *HC* 73/1, 2); ebenso wird der Jugenderziehung, der Parteiarbeit mit Jugendlichen viel Platz eingeräumt (vgl. *KMJP* 30. 1., 4. 2., *NCNA* 11. 3., *JMJP* 12., 27. 2.). Auch der Sport wird auf breiter Basis wieder intensiviert (die Zeit 12. 1., *SZ* 15., 16. 1.). Am 4. 2. wurde das chinesische Neujahrsfest, der Beginn des neuen Mondjahres gefeiert; das Jahr des Büffels löst das der Ratte ab. Die kommunistische Jugendliga wird wieder aufgebaut; 1949 gegründet, hatte sie mehr als 30 Mio. Mitglieder, als sie im Sommer 1966 aufgelöst wurde; seit Juni 1972 werden in allen Einheiten und Provinzen Jugendkongresse abgehalten (*NZZZ* 11. 2., *JMJP* 21. 2., *NCNA* 23. 2.). Auch die chinesischen Gewerkschaften leben wieder auf; sie wurden 1925 gegründet und

hatten 1966 in 16 nationalen und 140 000 örtlichen Syndikaten über 20 Mio. Mitglieder; entsprechend dem Neujahrsartikel der JMJP ist der Wiederaufbau „Schritt für Schritt“ geplant. Am 19. 3. erschien in der JMJP ein Artikel, der die „neuen Dinge“ unterstützte, wobei ein Mao-Wort herangezogen wurde, nach dem die Überholung des Alten durch das Neue als allgemeines Universales Gesetz bezeichnet wurde (JMJP 19. 3. FE 4252).

b) Wirtschaft Trotz des schlechten Wetters wurde offiziellen Angaben zufolge eine gute Ernte erzielt; die Getreideernte 1972 wird auf 240 Mio. t geschätzt, etwa wie 1970; bei den weiter zu verarbeitenden landwirtschaftlichen Produkten konnte eine Steigerung von 10–40% zum Vorjahr erzielt werden, obwohl China 1972 die schwerste Trockenheit seit Jahrzehnten zu verzeichnen hatte (NCNA 28. 12.). Die Versorgungslage verbessert sich weiter, der Umsatz von Konsumgütern steigt an, wobei die Preise der wichtigsten Güter stabil bleiben (R. Peking 2. 1.). Die Eisen- und Stahlindustrie erfüllte den Produktionsplan für 1972 mit 23 Mio. t Stahl (9,5% mehr als 1971); die Produktion von Walzstahl und Roheisen lag um 10 bzw. 10% höher (NCNA 3. 1.). Durch Urbarmachung unfruchtbarer Bodens sollen 1972 mehr als 733 000 ha Terrassenfelder gewonnen worden sein, durch Bodenverbesserung wurden bis zu 40% höhere Erträge gemeldet (NCNA 21. 1.). Die Konservenindustrie hat ihre Produktion seit 1965 fast verdoppelt; neben der Versorgung des eigenen Marktes werden Konserven in 105 Staaten exportiert (NCNA 4. 2.). Auch die Bautätigkeit wird intensiviert; in Tientsin wurden im Vorjahr über 600 Bauprojekte fertiggestellt (R. Peking 27. 3.). Das Transportsystem gehört zu den rückständigsten Teilen der Wirtschaft; der größte Teil des Gütertransportes läuft noch über jenes Netz, das bereits in den fünfziger Jahren ausgebaut wurde. Die Modernisierung machte bisher wenig Fortschritte, der größte Teil ist noch einspurig; die meisten Strecken werden mit Dampflokomotiven befahren, die Geschwindigkeit liegt wenig über 40 km/h (SZ 19. 2.). In Honan wurden 950 km Schmalspureisenbahnlinien gebaut, etwa $\frac{2}{3}$ davon in den letzten 7 Jahren; die Diesellokomotiven mit 160 und 400 PS dafür werden in der Provinz selbst gebaut (NCNA 18. 3.). Das internationale Liniennetz der Civil Aviation Administration of China (CAAC) ist noch sehr klein; Verbindungen werden nach Rangun, Irkutsk, Pjonyang und Hanoi unterhalten. Vom Ausland fliegen die UdSSR, Nordkorea, Frankreich, Pakistan und neuerdings auch Äthiopien China direkt an. Eine Ausweitung läßt sich jedoch aus den kürzlich im Ausland bestellten Flugzeugen ableiten (NZZ 28. 3.). Nach Berichten von Reisenden hat China eine neue Mittelstreckenrakete mit thermonuklearem Sprengstoff und einer Reichweite von 5000 km erprobt (FAZ 18. 1.); der amerikanischen „Aviation week“ zufolge verfügt China über 50 Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 2400–4800 km. Die chinesische Kriegsmarine ist nach der amerikanischen „Sea power“ die drittstärkste der Welt nach der der USA und der UdSSR; danach soll die Marine 150 000 Mann stark sein und u. a. über 40 konventionelle Unterseeboote verfügen.

c) Äußeres/Asien: China versucht die Taiwanfrage für sich so zu lösen, als es stets den Status Taiwans als „Provinz“ betont (NCNA 2. 2.) und die Gemeinsamkeiten der Chinesen in beiden Teilen betont (NCNA 28. 2.). Am 1. 3. bot Peking die Aufnahme von Gesprächen offizieller oder inoffizieller Natur an (NCNA 1. 3.), während gleichzeitig läßt sich die Notwendigkeit, Taiwan zu befreien, betont wird (R. Fukien 29. 3. FE 4261). Mit Nordkorea wurde am 19. 1. ein Abkommen über die Flußschifffahrt unterzeichnet (NCNA 20. 1.). Vom 9.–14. 2. besuchte Nordkoreas Außenminister Ho Tam China; im gemeinsamen Kommuniqué wurde eine weitgehende Übereinstimmung im Hinblick auf Indochina, die Korea- und die Taiwanfrage festgestellt (NCA 14. 2.). Südkorea erklärte sich Mitte März bereit, mit Peking Verhandlungen über die Meeresbodengrenze aufzunehmen (FAZ 21. 3.). Mit der Mongolischen VR wurde am 1. 3. ein Protokoll über den Warenaustausch 1973 unterzeichnet (NCNA 1. 3.). Am 27. 3. wurden sieben nicht-fertiggestellte Projekte Chinas in der MVR übergeben, die entsprechend den Abkommen vom 29. 12. 58 und 31. 5. 60 erstellt wurden (NCNA 27. 3.). Die Beziehungen zu Japan wurden weiter intensiviert, was insbesondere die wirtschaftlichen Kontakte betrifft. China schlug die Lieferung von 200 000 t Rohöl vor (JAT 11. 1.). Vom 17.–21. 1. besuchte Außenhandelsminister Y. Nakasone Japan zur Erörterung der Wirtschaftsbeziehungen (NCNA 19., 21. 1.). Am 13. 1. wurde die Vertretung Chinas in Japan ernannt, Geschäftsträger ist Chi Kuo-chun (Kyodo 13. 1. FE 4195). Vom 30. 1. an wurde eine Telex-Verbindung zwischen beiden Staaten aufgenommen (Kyodo 30. 1. W 710). Die Eröffnung der Botschaft im früheren Gebäude der Republik China erfolgte am 1. 2. Gespräche über die Aufnahme einer direkten Luftverbindung scheiterten bisher an dem Festhalten Japans an einer Flugverbindung mit Taiwan (Kyodo 20. 2.).

FE 4228 NCNA 8. 3., Kyodo 17. 3., JAT 20. 3.). Am 19. 2. wurde der Wechselkurs zum Yen neu festgelegt, der nunmehr 130,25 Yen beträgt (JAT 20. 2.). Der Außenhandel mit Japan brachte mit 1,1 Mia. US-Dollar eine Steigerung um 22⁰/₁₀ gegenüber 1971 (JIJI-Press 22. 2., JAT 23. 2.). Mit Nord-Vietnam wurde am 27. 12. ein Handels- und Zahlungsabkommen für 1973 unterzeichnet (NCNA 27. 12.). Das Vietnamabkommen wurde von China begrüßt (NCNA 28. 1., 29. 1. FE 4208). Vom 31. 1.—3. 2. besuchte Le Duc Tho Peking, wo ihm erneut die Unterstützung Chinas für die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes zugesichert wurde; Am 2. 1. wurde Le Duc Tho auch von Mao Tse-tung empfangen (NCNA 1., 2. 2. FE 4211). Als Delegierter an der Pariser Vietnamkonferenz nahm Außenminister Chi Peng-fei teil (NZZ 10. 2., NCNA 14. 2.). Thailand erklärte sich am 23. 3. bereit, mit China Handelsbeziehungen aufzunehmen (R. Bangkok 23. 3.); am 27. 3. stimmte das Kabinett in Bangkok der Aufnahme einer direkten Telefon- und Telegrammverbindung mit China zu (R. Bangkok 27. 3. W 718). Mit der Exilregierung Kambodschas unter Prinz Sihanouk wurden am 13. 1. zwei Abkommen über kostenfreie chinesische Lieferungen von Militärausrüstungen und Wirtschaftshilfe für 1973 unterzeichnet (NCNA 13. 1.). Die Regierung in Phnom Penh wird weiterhin angegriffen, während diese China beschuldigt, den Frieden in Kambodscha zu verhindern (R. Phnom Penh 12. 2. FE 4229). Das Abkommen über den Waffenstillstand in Laos wurde von China ebenfalls begrüßt (NCNA 22. 2., JMJP 23. 2. FE 4229). Am 5. 1. begann eine Journalistendelegation aus Birma eine dreiwöchige Besuchsreise in die VR China (NCNA 5., 10. 3.). Malaysia wurde erstmals am 26. 3. durch die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua bei seinem richtigen Namen genannt (NCNA 26. 3.). Am 16. 1. erfolgte die Eröffnung des direkten Luftverkehrs mit Pakistan, als erstem nichtkommunistischen Staat (NCNA 16. 2.). Vom 16.—22. 2. besuchte die Frau des pakistanischen Präsidenten Bhutto in Begleitung von Informationsminister Niazi China (NCNA 16., 22. 2.). Ein Vorschlag Pakistans, einen Verteidigungspakt mit China abzuschließen, wurde angeblich von China abgelehnt (JAT 24. 2.). Indiens Außenminister Singh erklärte am 17. 1., daß für die Normalisierung der Beziehungen zu China noch kein Termin vorgesehen sei (ISI 18. 1.), während Frau Gandhi am 25. 1. den Wunsch nach einer derartigen Normalisierung bekräftigte (ISI 25. 1.). Mit Afghanistan wurde am 25. 1. ein Protokoll über den Warenaustausch 1973 unterzeichnet (NCNA 25. 1.) (vgl. Pakistan).

Ozeanien: Vom 27. 3.—3. 4. besuchte eine Delegation unter Außenhandelsminister J. A. Walding aus Neuseeland die VR China (NCNA 28. 3.—3. 4.).

Afrika: Anfang Januar besuchte der Chefredakteur von „Al Ahram“ und Vertraute von Ägyptens Präsident Sadat, N. H. Heikal, China; über seine Eindrücke in China veröffentlichte er eine Artikelserie, in der das chinesische Modell höchstes Lob erfuhr (NCNA 14. 1., Mena 17., 18., 20., 24., 27. 2.). Vom 12.—15. 3. besuchte Außenminister Zayat China (NCA 12., 14. 3. FE 4245). Der Präsident von Zaire, General Mobutu, hielt sich vom 10.—20. 1. in China auf, wo er am 13. 1. von Mao Tse-tung empfangen wurde (NCNA 13. 1.); während seines Besuches wurden Abkommen über wirtschaftliche und technische Hilfe sowie ein Handelsabkommen unterzeichnet (NCNA 20. 3.). Der Präsident von Kamerun A. Ahidjo besuchte vom 25. 3.—1. 4. China (NCNA 25. 3.); auch er wurde von Mao Tse-tung empfangen (NCNA 26. 3.) und unterzeichnete Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit (NCNA 28. 3.). Mit Äthiopien wurde am 22. 2. der direkte Flugverkehr aufgenommen (NCNA 22. 2.). Vom 27. 1.—9. 2. besuchte eine Delegation aus Tanzania unter Verteidigungsminister I. N. Sokoine China (NCNA 28. 1., 8. 2.). Eine Handelsdelegation aus Mauritius unter Wirtschaftsminister K. Jagatsingh hielt sich vom 24.—29. 1. in China auf (NCNA 29. 1.).

Amerika: Aus den USA wurden 1972 Waren im Werte von 60,2 Mio. Dollar importiert und solche im Werte von 32,2 Mio. exportiert (JAT 5. 2.). Vom 15.—19. 2. hielt sich Sicherheitsberater Henry Kissinger in China auf; Hauptthemen der Besprechungen waren die Waffenlieferungen Chinas nach Hanoi sowie die Taiwanfrage; Kissinger wurde bei seinem 5. Besuch auch von Mao Tse-tung empfangen. Im Abschlusßkommuniqué wurde die Eröffnung von Verbindungsbüros beider Staaten im jeweils anderen vereinbart (NCZ 17., 19., 22. 2., NCNA 22. 2.). Die Außenminister beider Staaten trafen anlässlich der Pariser Vietnamkonferenz am 25. 2. zusammen und verhandelten dabei u. a. über amerikanische Privatansprüche an China und die in den USA eingefrorenen chinesischen Vermögen (NZZ 27. 2.). Am 9. 3. wurde der seit 1952 in chinesischer Haft befindliche CIA-Agent John Downey (NZZ 12. 3.) entlassen. Als Leiter des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking wurde Mitte März David Bruce bestimmt, Chef des chinesischen Büros in Washington wurde Huang Chen (NCNA 30. 3.).

Europa: China ist weiterhin an allen gesamteuropäischen Problemen interessiert, wobei es Europa bei der „Verteidigung seiner Unabhängigkeit“ und der Bewahrung von Frieden unterstützt, wie Außenminister Chi Peng-fei anlässlich seines Besuches in Italien im Januar erklärte. Das Projekt einer Sicherheitskonferenz wird offensichtlich nicht mehr schroff abgelehnt, wenngleich alle Ergebnisse skeptisch bewertet werden (vgl. u. a. FAZ 17., 18. 1. NZZ 18. 3.). Die Beziehungen zur Bundesrepublik wurden durch den Austausch mehrerer Delegationen intensiviert. Am 22. 1. nahm die deutsche Botschaft in Peking ihre Tätigkeit auf (FAZ 23. 1.); erster deutscher Botschafter ist Rolf Pauls, vordem Vertreter der BRD in den USA. Am 9. 3. wurde die Telexverbindung mit China über die Schweiz aufgenommen (über die Nummer 040198/Frankfurt a. Main, Gebühr für drei Minuten DM 33,—) (FAZ 10. 3.). Am 10. 1. traf der Außenhandelsminister Finnlands, J. Linnamo, zu einem Besuch in China ein (NCNA 10. 1.); er wurde am 16. 2. durch einen Besuch von Außenhandelsminister Peng Ching-po erwidert (NCNA 16. 2.). Am 3. 3. wurde ein Handelsabkommen für 1973 unterzeichnet (NCNA 13. 3.). Mitte März nahm die Botschaft Griechenlands in Peking ihren Dienst auf (NZZ 21. 3.); am 13. 2. wurde ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (NCNA 13. 2.). Mit Spanien wurde am 10. 3. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart; im Kommuniqué anerkannte Madrid die Zugehörigkeit Taiwans zu China (NCNA 10. 3.). Die Vertretung der Republik China schloß daraufhin ihre Botschaft in Spanien, die spanische in Taipei soll bis 10. 4. geschlossen werden (NZZ 12., 16. 3.). Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo besuchte vom 13.—17. 1. Großbritannien (NCNA 19. 1.). Am 26. 3. wurde in Peking eine Industrie- und Technologienausstellung Großbritanniens eröffnet (NCNA 26. 3.). Vom 7.—10. 1. besuchte Italiens Außenminister Medici China zu Gesprächen über die gegenseitigen Beziehungen (NCNA 10. 1.). Am 10. 1. wurde ein Abkommen über die gegenseitige Registrierung von Handelsmarken unterzeichnet (NCNA 10. 1.); am 8. 1. war ein Abkommen über die zivile Luftfahrt zwischen beiden Staaten unterzeichnet worden (NCNA 8. 1.).

2. Japan

a) Inneres Die öffentlichen und privaten Forschungsaufwendungen beliefen sich im Fiskaljahr 71/72 auf 1,53 Bio. Yen (13% mehr als im Vorjahr); auf den privaten Sektor entfielen 895 Mia. (58,4%), die größte Zunahme fiel auf die Anstrengungen für den Umweltschutz. Die Ausgaben für Forschungsprogramme im Bereich der Atomenergie betrugen 76,2 Mia. Yen (64% Steigerung) (NZZ 12. 1.). Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug im Juni 1972 11,9 Mio., 0,8% mehr als im Vorjahr. Die Gewerkschaften sind auf Unternehmensbasis organisiert und durch übernationale Vereinigungen lose verbunden. 1972 gab es 63 718 dieser Gewerkschaften; der größte nationale Bund ist der der SPJ, Sohyo, mit 3,27 Mio. Mitgliedern (NZZ 13. 1.). Am 13. 1. traf Ministerpräsident Tanaka als erster Regierungschef Japans zu einem Gespräch mit der KPJ zusammen, die bei den Wahlen am 10. 12. zur zweitstärksten Oppositionspartei aufrückte (NZZ 16. 1.). Am 27. 1. erklärte Tanaka vor dem Diet u. a. daß die oberste politische Aufgabe, die Sicherung gesunder Lebensbedingungen sei, weshalb es notwendig sei, einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahmen zu treffen (Kyodo 27. 1. W 709). Ende Januar kam es zu Studentenunruhen wegen der vorgesehenen Erhöhung der Studiengebühren (JAT 30. 1.). Anfang Februar begannen die Eisenbahner einen Bummelstreik um ihr Streikrecht, das allen Bediensteten staatlich-öffentlicher Unternehmen seit 1948 verlorenging, zurückzuerhalten; als Folge dessen kam es zu teilweise verheerenden Zuständen im Eisenbahnverkehr (NCNA 11. 2.). Am 7. 3. vereinbarten die vier Oppositionsparteien ein gemeinsames Vorgehen gegen die Regierung — gegenüber den praktischen Ergebnissen dieser Vereinbarung erscheint Skepsis angebracht (JAT 8. 3.). Premier Tanaka büßte sehr viel von seiner früheren Popularität ein; von den hohen Erwartungen, die in ihn gesetzt wurden, ist wenig übrig geblieben, statt dessen wird er nunmehr von Presse und Öffentlichkeit zum Sündenbock gemacht. Nach einer Umfrage vom Februar war seine Popularität auf 37% gesunken — gegenüber 57% drei Monate zuvor (NZZ 28. 3.).

b) Wirtschaft Der Fünfjahresplan für 1973—77 sieht vier Hauptziele vor: die Schaffung einer sauberen Umwelt, Sicherung eines angemessenen Lebensstandards, Stabilisierung der Preise, Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Zur Verwirklichung ist an eine wesentliche Erhöhung der Steuern gedacht; der Steueranteil an Einkommen soll von 21,7 1970 auf 24,6% erhöht werden (NZZ 7. 1.). Am 15. 1. wurde das Budget für das Finanzjahr 1973/74 vorgelegt

und gebilligt. Das Gesamtvolumen beträgt 14 284 073 Mio. Yen (ca. 149,4 Mia. DM), 24,6% mehr als im Vorjahr. Das Kredit- und Investitionsprogramm beträgt 72,4 Mia. DM (6 924 800 Mio. Yen), 28,3% mehr als im Vorjahr (Kyodo 16. 1. W 708). Die Stabilitätsbemühungen werden durch diese Zahlen zu einem Lippenbekenntnis, ebenso wie eine ausgeglichene Zahlungsbilanz illusionär erscheint. Die Inflationstendenzen werden dadurch eher noch verstärkt. Die Auslandsinvestitionen wurden 1972 im Vergleich zu 1971 mehr als verdoppelt, das Volumen der langfristigen Kredite verdreifacht, die Investitionen in ausländische Wertpapiere versechsfacht, während das Volumen der Lieferantenkredite um mehr als 60% zurückging (SZ 9. 2.). Die Rohstahlproduktion stieg 1972 um 9,4% auf 96,917 Mio. t, womit Japan an dritter Stelle in der Weltproduktion liegt (JAT 19. 1.); insgesamt wurden 1972 7,8% mehr Rohöl mit 238 344 261 kl importiert (JAT 26. 1.). Die Entwicklungshilfe wurde um 19,6 auf 313 490 Mio. Yen erhöht (JAT 17. 2.). Mit Wirkung vom 1. 2. wurden Exportbeschränkungen eingeführt, die bis Ende August gelten sollen und vor allem Radios, Haushaltsgeräte und Fotoartikel betreffen (NZZ 31. 1.). Im Außenhandel wurden neue Rekorde verzeichnet. Die Exporte beliefen sich auf 28,64 Mia. Dollar (19% Steigerung), die Importe auf 23,47 Mia. (19,1% mehr). Der Aktivsaldo der Handelsbilanz betrug 5,17 Mia. Dollar, womit sich der Überschuß der Zahlungsbilanz nach vorläufigen Statistiken von 7,68 Mia. auf 4,74 Mia. Dollar verringerte (NZZ 1. 2.). Das Prokopfeinkommen beträgt ca. 2760 Dollar, womit Japan in der Weltrangliste auf Platz 13 vor Großbritannien steht (SZ 7. 3.). Die Exporte der Automobilindustrie beliefen sich 1972 auf 1,97 Mio. Einheiten, 10,5% mehr als 1971; ihr Wert betrug 3,57 Mio. Dollar bzw. 26,1% mehr. Die Automobilexporte stellten 12,2% der Gesamtexporte (NZZ 7. 3.). Mit Wirkung vom 1. 7. 73 wurde die Liberalisierung von Goldprodukten bekanntgegeben, die zur Verminderung des Aktivsalδος der Handelsbilanz beitragen soll (NZZ 30. 3.). (Zur Stahlindustrie vgl. NZZ 17. 3., zur Währungspolitik NZZ 9. 3.).

c) Äußeres/Asien: Japans Asienpolitik geriet nach der Aufnahme offizieller Beziehungen zu China in Bewegung, wobei sich die Pläne Tanakas für eine große Friedenskonferenz für Indochina aber nicht verwirklichen ließen – sehr zur Enttäuschung Japans, das fest mit einer Teilnahme an der Pariser Vietnamkonferenz rechnete und seine Verärgerung darüber nicht verhehlte (NZZ 24. 1., 3. 3., SZ 30. 1.). Die Beziehungen zur Republik China werden trotz Schwierigkeiten mit Peking aufrechterhalten. Zwar beschloß die JAL, ihre wöchentlichen Flüge nach Taipei von 17 auf 7 herabzusetzen, doch ist allein die Aufrechterhaltung der Flugverbindung ein Erfolg für Taiwan und Anlaß für Schwierigkeiten zwischen Tokio und Peking (JAT 21. 1., Kyodo 7., 15. 3. FE 4240, 47, JIJI-Press 20. 3.), (vgl. VR China). Am 5. 3. fand in Seoul das 5. Jahrestreffen des Privaten Komitees für Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südkorea statt; Gesprächsthemen waren die Gründung einer gemeinsamen Investmentgesellschaft und einer Intensivierung der Kooperation bei Erschließungsprojekten in Südkorea (JAT 7. 3.). Der Handel mit Nordkorea belief sich 1972 auf 131,754 Mio. Dollar, 2,23% mehr als 1971; davon waren 93,443 Mio. japanische Exporte (3,23% mehr), die Importe stiegen um 27,5% auf 38,311 Mio. Dollar (JAT 20. 2.). Am 27. 3. wurde eine grundsätzliche Vereinbarung über die Eröffnung privater Handelsbüros in beiden Staaten getroffen (JIJI-Press 29. 3.). Mit Singapur wurde am 1. 3. ein Vertrag über die Gründung einer gemeinsamen Schiffbau-gesellschaft bekanntgegeben, die „Mitsubishi Singapore Heavy Industries“ wird mit 80 Mio. Dollar von Singapur kapitalisiert, 51% des Kapitals werden von japanischen Geschäftsleuten, 25 von Singapur und 24% von der Entwicklungsbank Singapurs getragen (JAT 2. 3.). Anfang Februar wurde Singapur ein Kredit zum Ausbau seines Versorgungs-Systems in Höhe von 9 Mia. Yen gewährt (Laufzeit 13 Jahre, 5,5% Zins) (JAT 10. 2.). Indonesien erhielt ein Darlehen in Höhe von 100 Mio. Yen zum Ausbau seines Informationssystems (Antara 29. 1.); am 6. 3. wurde eine Anleihe für die Entwicklung der Ölindustrie Indonesiens unterzeichnet (vgl. Indonesien). Die Zweckbindung des Kredites von 1971 an Thailand wurde im Januar aufgehoben (JAT 26. 1. vgl. Thailand). Birma wurde eine Kredithilfe in Höhe von 3,08 Mia. Yen zur Erschließung von Ölvorkommen in der Bucht von Marban gewährt (Laufzeit 25 Jahre 3% Zins) (JAT 3. 3.). Die Beziehungen zu Nordvietnam sollen normalisiert werden; am 22. 2. erklärte Außenminister Ohira, daß die Regierung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit sei, wenn Hanoi dies wünsche (JAT 23. 2.). Anfang März gab Nordvietnam seine Zustimmung zum Besuch einer Regierungsdelegation Japans, ohne daß ein genaues Datum bisher festgelegt wurde (NZZ 17. 3.). Die humanitäre Hilfe für Indochina wird 500 Mio. Yen betragen; im Haushaltsjahr 1972 waren 200 Mio. bereitgestellt worden (JAT 14. 3.). Von

der japanischen Hilfe soll auch der Vietkong profitieren; im Budget für 1973 sind 1 Mia. Yen an Aufbauhilfe vorgesehen (Kyodo 28. 2. FE 4233).

Amerika: Am 26. 1. wurden mit den USA ein Abkommen über die US-Streitkräfte in Japan vereinbart, demzufolge bis zum 31. 3. 1976 alle Anlagen der US-Luftwaffe im Gebiet Kanto zum Stützpunkt Yokota/Tokyo verlegt werden (JAT 27. 1.). Im Februar beschloß die Regierung die ausstehenden Schulden aus den GARIOA- und EROA-Abkommen sowie aus Abkommen über Lieferungen von agrarischen Überschußproduktionen bis Mai 1973 vorzeitig zurückzuzahlen (NZZ 28. 2.). Am 19. 2. besuchte Sicherheitsberater Kissinger Japan um die Regierung über seine Gespräche in Hanoi und Peking zu informieren (JIJI-Press 19. 2.). Die japanische Marubeni Corp. und die Fuji-Bank beteiligen sich an der größten Energiegesellschaft Kanadas; insgesamt werden die beiden Firmen Anteile im Werte von 1,2 Mio. Kanadische Dollar erhalten (JAT 17. 2.). Am 14. 3. wurde das sechste Außenministergespräch mit Kanada vereinbart (JAT 15. 3.). Japanische Firmen und Versicherungsgesellschaften vereinbarten eine Beteiligung an Wirtschaftsbetrieben Brasiliens (JAT 30. 1., 6., 27. 2.). Chile erhielt eine Anleihe in Höhe von 2,7 Mio. Yen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz (Kyodo 26. 12. W 705).

Afrika: Gabun erhält einen Kredit in Höhe von 10 Mio. Dollar zur Finanzierung von Rohstoffen und Entwicklungsprojekten (JAT 26. 1.). Sambia erhielt einen Kredit von 30 Mio. Dollar zur Modernisierung seines Eisenbahn- und Rundfunknetzes (JAT 25. 1.). Der Automobilkonzern Toyota schloß mit der „Impala Platinum“ der Republik Südafrika einen Vertrag zur Lieferung von Platin (Tass 24. 1.). Kenya erhielt eine Anleihe in Höhe von 4,74 Mio. Pfund zum Ausbau seines Flughafens in Mombasa (R. Nairobi 31. 1. W 712).

Europa: Der Vorsitzende des DGB, Vetter, besuchte im Januar Tokyo (SZ 27./28. 1.). Ebenfalls im Januar besuchte der Inspekteur des Heeres, Gen.Lt. Ferber, Japan (SZ 1. 2.). Der Handel mit Großbritannien stieg 1972 um 35,6^{0/0} auf 485,576 Mio. Pfund (JAT 9. 2.). Zwanzig japanische Banken unterzeichneten ein Abkommen über eine Anleihe in Höhe von 200 Mio. Dollar für das Istituto Mobiliare Italiano, auf (IMI) (Kyodo 14. 2. W 712). Mit Malta wurde ein Visaabkommen mit Wirkung vom 1. 3. vereinbart (Kyodo 6. 2. FE 4215). Mit Schweden wurde ein Abkommen über die friedliche Nutzung von Atomenergie am 27. 3. unterzeichnet (Kyodo 27. 3. W 718).

Sozialistische Staaten: Mit der UdSSR wurde am 13. 1. ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet; ab 30. 5. wird wöchentlich die Linie Tokyo—Rom via Moskau, ab 1. 7. die Linie Tokyo—Moskau—Frankfurt, ab 1. 11. Tokyo—Moskau—Amsterdam befliegen (Tass 13. 1.). Über die starke Zunahme der Aufklärungsflüge sowjetischer Militärmaschinen im Januar zeigte sich Japan beunruhigt (Kyodo 21. 1. FE 4201). Vom 20.—23. 2. fand in Tokio eine sowjetisch-japanische Konsultativtagung statt, in deren Mittelpunkt die Handelsbeziehungen standen (Tass 23. 2.). Künftig soll der Handel von Konsumgütern erweitert werden; der Handelsumfang überschritt 1972 erstmals die Milliardengrenze, auf japanische Exporte entfielen 504 Mio. Dollar (33,7^{0/0} mehr als 1971) auf Importe 592 (19,5^{0/0}) (JAT 24. 2.). Am 6. 3. sandte Ministerpräsident Tanaka eine persönliche Botschaft an KP-Chef Breschnew, in der er die Wiederaufnahme der Gespräche für den Abschluß eines Friedensvertrages für Ende des Jahres vorschlug; gleichzeitig äußerte er sein Interesse an der Zusammenarbeit bei der Entwicklung Sibiriens (Kyodo 7. 3. FE 4239 NZZ 9. 3.). Am 8. 3. wurde ein Programm für den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit der DDR unterzeichnet (Tass 8. 3.). Gegenüber dem japanischen Botschafter in Moskau Niiseki, zeigte sich Breschnew an einer weiteren Intensivierung der Kontakte durchaus interessiert (NZZ 24. 3.), während das Parteiorgan ‚Prawda‘ feststellte, daß die Voraussetzungen zur Normalisierung der Beziehungen gegeben seien (Pr 30. 3.). Außenminister Ohira erklärte am 3. 2., daß mit der DDR Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen aufgenommen wurden (Kyodo 3. 2. FE 4213). Das erste Treffen der gemeinsamen Wirtschaftskommission mit Bulgarien wurde vom 25.—26. 1. in Tokyo abgehalten (Kyodo 26. 1. W 709). Am 27. 2. wurde zwischen dem Gewerkschaftsverband Ungarns und der Sohyo ein Kooperationsabkommen unterzeichnet (MTI 27. 2. FE 4234); am selben Tag wurde eine gemeinsame Parlamentsgruppe zur Förderung der Beziehungen gegründet (MTI 27. 2.).

(Wegen der umfangreichen Berichterstattung über Indochina wird über die anderen Staaten Ostasiens erst in Heft 4/73 berichtet.)